

Gewerkschaft

Organ des Gesamt-Verbandes der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs

Hauptschriftleitung: E. Dittmer
 Berlin SO36, Schlesische Str. 42
 Fernsprecher: Amt F8 Oberbaum 9491

Berlin, den 25. Juli 1931

Erscheint wöchentlich am Sonnabend
 Bezugspreis:
 Monatlich durch die Post 50 Reichspfennig

Handbemerkungen



gegenwärtig bietet die bürgerliche Presse ein interessantes Schauspiel. Während die demokratische Presse („Frankfurter Zeitung“, „Berl. Tageblatt“ und „Dossische Zeitung“) einer Politik der Verständigung mit Frankreich das Wort redet und scharf gegen die nationalistischen Ausschreitungen des Stahlhelms und die phantasiervolle Bankerott-Politik der Kommunisten Stellung nimmt, sind die Scharfmacher-Organen von Hugenberg, über die von Kapitalisten ausgehaltene „Deutsche Allgemeine Zeitung“ bis zum radikalsten Scharfmacherblatt, der „Deutschen Arbeitgeber-Zeitung“, erfüllt von Wehgeschrei. Nach ihrer Meinung ist eine Verständigung mit Frankreich „völlig aussichtslos“, und die Delegation nach Paris unter Führung des Reichskanzlers war schon im vornherein „taktisch wie strategisch höchst bedenklich“. Selbstverständlich können sich diese Scharfmacher-Organen auf die nationalistischen Organe Frankreichs berufen, und so spielen sich die eigentlichen Vaterlandsfeinde, die sich als Ueberpatrioten gebärden, gegenseitig die Bälle zu. Natürlich erhebt auch wieder Graf Westarp in der „D.A.Z.“ seine Stimme für die Ablehnung der noch nicht einmal festgestellten politischen französischen Forderungen bei etwaiger Gewährung eines Großkredits von 2 Milliarden.

Wir möchten — wohl für die gesamte Arbeitnehmerschaft — zum Ausdruck bringen, daß eine Verständigung mit Frankreich nicht scheitern darf an irgendeiner Prestige-Politik, die uns in früheren Jahren soviel Unheil brachte; sie hat die Ruhrbesetzung und damit die verstärkte Inflation zur Folge gehabt. Aus einer Niederlage kamen wir in die andere, und jetzt sollen wir diesen Weg erneut beschreiten?

Wenn die Nachrichten über England zutreffend sind, so wird ein gegenseitiges Zurückhalten der Rüstungen als eine der Verständigungsbedingungen angesehen. Unser Panzerkreuzerbau könnte sehr wohl eingestellt werden, wenn das über doppelt so große französische Großkampfschiff ebenfalls nicht gebaut wird. Die Sozialdemokratie und mit ihr sicher alle Gewerkschaftsmitglieder haben den Panzerkreuzerbau stets als eine völlig verfehlte Maßnahme angesehen, die den Nationalismus aller Länder nur aufpeitschen mußte. Und wenn die andere Forderung der Aufhebung der „österreichischen Zollunion“ nun in den Vordergrund gerückt werden sollte, so möchten wir auch hierzu sagen, daß unser Bruderland Österreich gewiß verstehen wird, wenn wir in dieser Situation die Durchführung einer engeren Zollverbindung auf einen späteren Termin verlegen. Daß aber schließlich nationalistische Stahlhelmtage und monarchistischer Kavallerierummel (wie jüngst in Dresden) in Zukunft sich nicht mehr so breitmachen, liegt vollständig im Sinne unserer kategorischen Forderungen. Diese

Wünsche oder Bedingungen für eine französische Anleihe könnten wir wohl annehmen, ohne uns etwas zu vergeben. Denn alles Geschrei der Unternehmer-Organen von der „Selbsthilfe“ hat sich wieder einmal als haltlos und unzutreffend erwiesen. Die pompöse Erklärung der 500-Millionen-Garantie von Seiten der Großunternehmer hat die Bank- und Finanzkrise nicht aufhalten können, und der jetzige Zustand, bei dem fast an jedem Tage neue Serien von Notverordnungen herausgebracht werden, ist natürlich auf längere Zeit für das deutsche Volk nicht tragbar.

Aber es verlohnt sich in dieser Situation auch daran zu erinnern, daß die schlechtesten Berater des deutschen Volkes auch jetzt noch versuchen, wieder in den Vordergrund geschoben zu werden. Dr. Schacht wurde tatsächlich vom Kabinett vernommen, wie er erklärte, allerdings nicht wegen der Verständigung mit Frankreich, sondern wegen der finanziellen Auswirkung gewisser Notverordnungen. Aber jedenfalls haben die Deutsche Volkspartei und ihre Hintermänner allen Ernstes daran gedacht, ihn als Devisen-Kommissar oder in ähnlicher Eigenschaft anzubringen. Ueberhaupt hat die ewig katastrophenlüsterne Deutsche Volkspartei ja nun endlich die Bescherung ihrer Bemühungen! Ob sie damit zufrieden sein kann, ist freilich eine andere Frage.

Wir möchten auch aus dem ganzen Tagesgesezeter ausdrücklich betonen: Wenn man schon nach dem Schuldigen sucht, so muß klipp und klar zum Ausdruck gebracht werden, daß die kapitalistische Mißwirtschaft, die schon seit einigen Monaten so offenkundig und klar in Erscheinung tritt, an der katastrophalen Lage die Schuld trägt, was auch der Einfachste erkennen kann. Ob wir nun bei dem Nordwollens-Skandal beginnen mit seinen Schloßbesitzern Cahusen und 250 Millionen Mark Totalverlust oder beim Danat-Bankkrach, deren Direktor Jakob Goldschmidt in stärkstem Verdacht steht, die Nationalsozialisten lange Zeit begünstigt zu haben und der Aufsichtsratsmitglied von 150 Vereinigungen war, oder auch ferner bei dem noch nicht ganz fertigen Karstadt-Krach und dem FADAG-Krach (Frankfurter Allgemeine Versicherungs-A.-G.), überall sind Millionen und aber Millionen verspekuliert worden. Schließlich ist ja auch der Raiffeisen-Skandal der Deutschen Nationalen noch gar nicht so lange her. Nimmt man hinzu die Fülle der Kapital-Fehlinvestitionen in der deutschen Industrie, so tritt gegenwärtig schärfer denn je in Erscheinung, daß das jetzige hochkapitalistische System in der Tat Ursache dieser Katastrophen ist. Aber es ist kein margitisches System, wie die Nationalsozialisten es den Massen vortäuschen wollen, sondern es ist das System der jetzigen Wirtschaftsführer der Privatindustrie. Sie tragen die Verantwortung dafür. Und alles Geschrei gegen die öffentliche Wirtschaft, das wir insbesondere in den letzten Jahren von

den Vertretern des Privatkapitalismus hören mußten, ging offenkundig unter der bekannten Devise „haltet den Dieb“, obwohl man selbst dieser Dieb am Volksvermögen war.

* * *

So bleibt uns nichts anderes übrig als festzustellen, daß die Warnungen der Arbeitnehmerschaft, wie sie insbesondere durch die Entschliessungen des ADGB. der Regierung Brüning wiederholt vermittelt worden sind, leider in den Wind geschlagen wurden. Die nationalistischen Bramarbasse sind die Urheber der Weltvertrauenskrise, in die wir hineingeraten sind, und es muß in Zukunft unter allen Umständen diesen Leuten scharf auf die Finger gesehen werden. Wir sind gewiß die letzten, die nach der Polizei rufen, aber gegenüber den rechtsgerichteten Nationalsozialisten muß u. E. in Zukunft noch schärfer zugegriffen werden, wenn nicht das ganze deutsche Volk weiterhin gefährdet werden soll.

Bei alledem müssen wir im Auge behalten, daß noch immer die dritte Notverordnung besteht. Sie soll zwar — wie verlautet — für die Erwerbslosen erhebliche Erleichterungen bringen, aber die Eingriffe ins Tarifrecht, wie sie insbesondere gegenüber unserem Verband vorgesehen sind, wurden noch immer nicht aufgehoben. Wir werden mit allen gewerkschaftlichen Mitteln den Kampf aufnehmen, wenn es erforderlich sein sollte. Und wir möchten über den Rahmen unserer Organisation hinaus auch betonen, daß die gesamte deutsche Arbeitnehmerschaft (soweit sie sich einigermaßen einen klaren Blick bewahrt hat und nicht von der Panik erfaßt worden ist)

bereit ist, den Kampf auf der ganzen Linie aufzunehmen, falls die Regierung Brüning versagen sollte. Das Gekreisch der Nazis und der Deutschen Volkspartei nach einem Direktorium ist gegenwärtig etwas in den Hintergrund getreten. Und doch müssen wir auf der Wacht sein! Es sind ernste Zeiten, die von jedem Gewerkschaftler die Bereitschaft zur höchsten Aktivität erfordern.

Der „Reichsverband der deutschen Industrie“ und die „Vereinigung der deutschen Arbeitgeber-Verbände“ erlassen eine Erklärung gegen den Aufruf der SPD., den wir an anderer Stelle abdruckten. Das beweist uns, daß dieser Aufruf durchaus das Richtige getroffen hat. Und wenn der sonst so wortreiche „Reichsverband der deutschen Industrie“ jetzt eine Art „Burgfrieden“ haben möchte und den „öffentlichen Streit“ über die kapitalistische Mißwirtschaft ablehnt, so kann das nur als ein Verlegenheitsmerkmal angesehen werden.

Gewiß sind die deutschen Gewerkschaften gegenwärtig nicht in der Lage, auf der ganzen Linie eine Angriffs-Front zu entwickeln. Aber wenn wir auch in das hysterische Geschrei des Massenstreiks der KPD. nicht einstimmen, so mögen es sich nicht nur die sogenannten Wirtschaftsführer der deutschen Industrie gesagt sein lassen, sondern vor allen Dingen auch ihre ausgehaltenen Nazihorden, daß wir jederzeit kampfbereit sind bei etwaigen Versuchen, politisch und nationalistisch die Situation zu beeinflussen.

Diese Kampfbereitschaft müssen wir von allen unseren Mitgliedern fordern! E. D.

Kurswechsel der RGD.

Eroberung der Gewerkschaften von außen und innen

Unsere deutschen Kommunisten sind bedauernswerte Kerle. Seit mehr als zehn Jahren versuchen sie, die Gewerkschaften zu erobern. Bis jetzt ohne Erfolg. Auf die Moskauer Anweisungen hin haben sie zwar wiederholt alle möglichen Methoden angewandt und die verschiedenartigsten Parolen geschmiebelt. Aber trotz aller Versuche war es ihnen bis jetzt nicht möglich, das Bollwerk der freien Gewerkschaften weder von innen heraus zu erobern, noch von außen her zu zerschlagen. Man sollte deshalb meinen, daß sie die Sinnlosigkeit und Unmöglichkeit eines derartigen Tuns einsehen würden. Doch weit gefehlt. Moskau besteht — der Kampf geht weiter.

Die letzte Kampsparole zur Eroberung der Gewerkschaften wurde auf dem Kongreß der roten Gewerkschaftsinternationale (lies: der russischen GJ.) im September vorigen Jahres in Moskau geschmiebelt. Danach sollten die bestehenden Gewerkschaften vor allem von außen her, d. h. durch Gründung kommunistischer Verbände, erobert werden. In verschiedenen Berufen hat man daraufhin versucht, Streiks und Tarifkonflikte zur Gründung von sogenannten roten Gewerkschaften auszunutzen. So zum Beispiel in der Metallindustrie anlässlich des Berliner Streiks, im Bergbau anlässlich des Konfliktes im Ruhrbergbau. Sonderbarerweise haben die kommunistischen Gewerkschaftspalter dabei nicht der Arbeiterschaft erzählt, um was es sich bei diesen Neugründungen wirklich handelt. Statt zu sagen, was Moskau befohlen hatte, betonte man, daß die Arbeiter angesichts des „reformistischen Derrats“ sich im „Feuer des Kampfes“ notgedrungen und spontan eigene Verbände geschaffen hätten. Wie verlogen und falsch diese Begründung war, beweist jetzt erneut der RGD.-Strategie Dahlem, indem er in der „Roten Fahne“ vom 30. Juni schreibt:

„Als wir vom 5. Weltkongreß der Roten Gewerkschaftsinternationale zurückkamen mit dem Beschluß der Organisierung einer selbständigen revolutionären Gewerkschaftsbewegung in Deutschland, da gab es noch viele Skeptiker in den eigenen Reihen. Es liegen noch nicht viele Monate zurück, seitdem wir den kräftigen Aufbau der RGD. begonnen haben. Aber wir haben in entscheidenden Industrien bereits unsere im Kampf geborenen roten Verbände, wir haben die erste Viertelmillion Mitglieder der RGD. und haben mit einem Schlag in über 3500 Betrieben unsere Betriebsgruppen aufgebaut.“

Trotz der angeblichen Erfolge der RGD. sind die bolschewistischen Herrschaften in Moskau mit der Entwicklung nicht zufrieden. Sie haben deshalb eine neue Parole herausgegeben, nach der jetzt erneut versucht werden soll, durch innere Zersetzungsarbeit die Gewerkschaften wieder zu einem Teil der kommunistischen Be-

wegung zu machen. Die bestehenden kommunistischen Verbände sollen zwar nicht aufgelöst werden, sondern gleichzeitig von außen her den Zersetzungsprozeß fördern. Daß nun unsere deutschen Kommunisten eifrigst bemüht sind, auch diesen Befehl sofort in die Tat umzusetzen, zeigen die weiteren Darlegungen Dahlems, indem er schreibt:

„Wenn wir jetzt mit Zähigkeit und Leidenschaft an die Organisierung der Oppositionsfraktionen im ADGB., bei den christlichen und anderen reaktionären Gewerkschaften übergehen, dann tun wir das, um die Massen der Arbeiter, Angestellten und Beamten für den Klassenkampf zu gewinnen, und den Streikführern ihr arbeiterfeindliches Handwerk zu legen. Wir greifen den konterrevolutionären Apparat des ADGB. von außen und von innen an.“

Mit dem Vorwand fattsam bekannter Schlagwörter, will man demnach die Gewerkschaften unterminieren. Daß es den kommunistischen Drahtziehern dabei wenig auf die Arbeiterinteressen, sondern einzig und allein auf kommunistische Taktik und Strategie ankommt, zeigen die folgenden Ausführungen Dahlems:

„Einige Worte zum Kurs der RGD. Ich wurde ersucht, die Frage zu beantworten: heißt RGD. Revolutionäre Gewerkschaftsopposition oder Revolutionäre Gewerkschaftsorganisation. Wir haben die klaren Befehle der RGD. und unserer Tagungen, daß die Aufgabe darin besteht, eine umfassende revolutionäre Gewerkschaftsbewegung zu schaffen, mit selbständigen Organen von oben bis unten, der der gesamte RGD.-Aufbau und die innergewerkschaftliche Arbeit in den reaktionären Verbänden untergeordnet sein muß. Mit anderen Worten: Wir steuern konsequent los auf die „Schaffung der roten Gewerkschaften in ganz Deutschland.“

Wie wenig die Kommunisten zur Erfüllung dieser verbrecherischen Pläne, vor unlaunteren Mitteln zurückzucken, geht aus dem Hinweis auf das Rezept von Lenin hervor, wonach mit List, Lüge und Klugheit und allen zweckmäßigen Methoden zu arbeiten ist.

Soll deshalb die deutsche Gewerkschaftsbewegung nicht zu einem Spielball kommunistischer Abenteuerer gemacht werden, dann ist Wachsamkeit und Entschlossenheit bringendes Gebot. Dielen mag diese Mahnung als überflüssig erscheinen, nachdem die kommunistische Gewerkschaftstaktik des letzten Jahrzehnts ein einziges großes Fiasko ist. Aber besondere Zeitumstände erfordern besondere Maßnahmen. Und daß die wirtschaftlichen Zeitverhältnisse mit allen ihren Begleitererscheinungen für politische Abenteuerer und Verwirrungsmanöver nicht ungünstig sind, ist uns genügend bekannt. Darum aufgepaßt, damit auch dieser neue Zersetzungsplan an der Klarheit und Einheit unseres gewerkschaftlichen Wirkens sich als ein Luftstreich erweist. J. U.

13. Sitzung des Ausschusses des ADGB.

Am 16. Juli 1931 trat der Ausschuss des ADGB. zu seiner 13. Sitzung zusammen, um sich mit der gegenwärtigen Wirtschafts- und Finanzlage zu befassen. Nach einem eingehenden Referat von Leipart und einer ausgiebigen Debatte wurde der Bundesvorstand beauftragt, mit aller Entschiedenheit seinen Einfluß auf die Reichsregierung auch weiter dahin geltend zu machen, daß sie ihre Zusicherungen bestimmter Erleichterungen der Notverordnung vom 5. Juni einhält, daß sie bei den Anleiheverhandlungen etwaige Prestigerücksichten den Lebensnotwendigkeiten des deutschen Volkes unterordnet und den Bestrebungen der rechtsradikalen Parteien mit weit größerem Nachdruck entgegentritt als bisher. — In seinem Referat ging Leipart einleitend auf die politischen Ereignisse seit der letzten Bundesausschusssitzung am 20. Juni ein. Er schilderte insbesondere die bedeutsame Rolle, die gewisse politische Forderungen des Auslandes bei den bisher ergebnislosen Anleiheverhandlungen gespielt haben, Forderungen, deren Erfüllung bekanntlich zuerst von englischer Seite der deutschen Regierung nahegelegt wurden. Offiziell seien diese Forderungen allerdings bisher der Reichsregierung nicht übermittelt worden. Der Bundesvorstand ist der Meinung, daß in diesem Zusammenhang die Gewerkschaften heute vor allem zwei Forderungen an die Reichsregierung zu richten haben:

Erstens, alles zu tun, um eine Verhandlungsgrundlage für eine Verständigung mit Frankreich zu schaffen, zweitens aber, sich endlich zu energischen Maßnahmen gegen das unverantwortliche Vorgehen der Rechtsradikalen in Deutschland zu entschließen.

Bei der Vertretung dieser Forderungen ist es nicht nötig, auf die gehässige Agitation der Nationalsozialisten und Deutschnationalen gegen die Gewerkschaften und die Sozialdemokratie Rücksicht zu nehmen. Diese Agitation ist nicht neu, sie wird schon seit Jahren skrupellos getrieben. Es kommt daher auf etwas mehr oder weniger nicht an. Für die Forderungen der Gewerkschaften kann nur das Gesamtinteresse maßgebend sein. — Es ist heute üblich, sogar in den Gewerkschaften keineswegs unfreundlich gesinnten Tagespresse, von der „Ohnmacht der Gewerkschaften“ zu reden. Daß diese Einschätzung nicht den Tatsachen entspricht, würde sich sehr schnell zeigen, wenn die Rechtsradikalen nicht nur in Worten, sondern mit der Tat den Versuch machen würden, einen Umsturz herbeizuführen. Die Gewerkschaften müssen jedenfalls für jede Situation gerüstet sein.

Bei seiner Darstellung der überstürzten Entwicklung der Dinge in den letzten Tagen hob Leipart hervor, daß bei dem Sturm auf die Banken selbstverständlich auch die Arbeiterbank in Mitleidenenschaft gezogen worden sei. Sie hat nicht nur, wie alle Banken, den Ansturm auf ihre Sparkasse über sich ergehen lassen müssen, sondern die Kommunisten haben die willkommenen Gelegenheit benutzt, ihre Heße gegen die Gewerkschaften mit besonderer Schärfe auch gegen die Arbeiterbank zu betreiben. Die Arbeiterbank hat das Vertrauen, das sie sich in den abgelaufenen Jahren erworben hat, glänzend gerechtfertigt. Sie hat am letzten Montag voll ausgezahlt, während andere Banken und die Sparkasse zumeist nur geringe Teilbeträge auszahlten. Auch heute wäre sie durchaus in der Lage gewesen, weiterhin Auszahlungen in erheblichem Umfang durchzuführen, ohne ihre Liquidität zu gefährden, aber sie ist jetzt selbstverständlich ebenso an die Vorschriften der neuen Verordnungen gebunden wie die anderen Banken.

In der Aussprache wurde betont, daß man hinsichtlich der von Deutschland geforderten politischen Konzessionen eine gewisse Vorsicht insofern walten lassen müsse, als sie im einzelnen nicht bekannt seien. Aber es muß von der Reichsregierung unter allen Umständen gefordert werden, daß die Lebensnotwendigkeiten des deutschen Volkes nicht fragwürdigen Prestigerücksichten geopfert werden. Mit Nachdruck wurde darauf hingewiesen, daß in maßgebenden Kreisen des Auslandes keinerlei Bedenken dagegen bestehen,

die Notverordnung unter sozialen Gesichtspunkten, vor allem zugunsten der Erwerbslosen, abzuändern, wenn nur dafür gesorgt werde, daß der finanzielle Ertrag gesichert bleibe. Diese Einstellung des Auslandes ist nicht überraschend, denn es kann keinem Zweifel unterliegen, daß im Ausland die deutschen Gewerkschaften und die deutsche Sozialdemokratie als der einzige reale Faktor gelten, auf den die Kreditwürdigkeit Deutschlands sich gründen kann, ebenso wie auf ihrer Macht und ihrer Entschlossenheit, den Kampf für den Bestand der deutschen Republik rücksichtslos zu führen, die Hoffnung des In- und Auslandes auf die Stabilität der politischen Verhältnisse in Deutschland beruht. — Scharfe Kritik wurde an der Finanzpolitik der Regierung in der letzten Woche geübt. Eine klare politische Linie sei überhaupt nicht erkennbar gewesen. Wenn man beispielsweise überhaupt Bankfeiertage in Erwägung zog, so hätte man diese Maßnahme vernünftigerweise vor dem Zusammenbruch der Danabank durchführen müssen. Dieses Versäumnis hat die ernste finanzielle Situation noch weiter verschärft. Die Reichsregierung ist in ihren neuen Verordnungen nicht brutal genug vorgegangen, um wirksam der Kapitalflucht zu steuern. Alle, die fremde Zahlungsmittel jeder Art besitzen, müßten bis zu einem bestimmten Tage dieses Monats verpflichtet werden, ihren Bestand anzugeben. Diese Verpflichtung müßte in einer Notverordnung vorgeschrieben werden, mit der Maßgabe, daß die Nichtangabe des Bestandes an ausländischen Zahlungsmitteln deren Einziehung nach sich ziehen würde. (Dieser Forderung ist die Reichsregierung durch die Notverordnung gegen die Kapitalflucht nun endlich nachgekommen. Red. „Gem.“) — Es gilt Maßnahmen zu treffen, die im Ausland das Vertrauen in eine ordentliche Wirtschaftsführung in Deutschland

Der Stahlhelm ist gelb

Nach außen lehnt der Stahlhelm jeden direkten Zusammenhang mit den Gelben ab. Daß die Stahlhelm-Selbsthilfe aber gelb ist, beweist der Wortlaut eines Entwurfs, den Studienrat Mahnen, Hagen, der Vorsitzende des damaligen Landesverbandsindustrieregions unmittelbar nach einer Sitzung der Landesverbandsführer des Stahlhelm am 24. März 1928 den Gauen zur Stellungnahme übersandte. Aus dem Entwurf:

„Weg der Organisation der nationalen Gewerkschaft.“

1. Gleichzeitiges Herauskommen an verschiedenen Stellen im Reich unter Aufbau bei bestimmten vorhandenen Gruppen, so daß beim ersten Auftreten eine gewisse Stärke und eine Front durch das ganze Reich vorhanden ist.

2. Diese Fundamente der Organisation werden sein: a) im Westen: Die Organisation „der deutschen Arbeiter“ (bereits vereinbart); b) Teile des „Deutschnationalen Arbeiterbundes“, insbesondere Industrie am linken Niederrhein; c) im ganzen Lande die Stahlhelmbetriebszellen . . .

3. Der Stahlhelm hat grundsätzlich und öffentlich mit der nationalen Gewerkschaft nichts zu tun.

4. Der Stahlhelm gibt folgende Erklärung ab: „Der Stahlhelm hält den Aufbau einer nationalen Arbeiterbewegung für einen entscheidenden Punkt der Lösung der Arbeiterfrage. Der Stahlhelm hat keine Bedenken gegen den Eintritt seiner Kameraden in die . . . nationale Gewerkschaft.“

Darüber hinaus sind öffentliche (schon im Original hervorgehoben) Schritte und Erklärungen als Bund nicht notwendig, vielleicht mehr schädlich. Das beweist eindeutig:

Der Stahlhelm ist gelb, auch wenn er „öffentlich“ mit der nationalen Gewerkschaft „nichts zu tun haben will“.

stärken. Gewisse Reformen des Aktienrechtes, in denen die Bestimmungen des vorliegenden Gesetzentwurfes, durch die seit geraumer Zeit feststehenden Forderungen der Gewerkschaften revidiert und ergänzt werden müßten, sind zu diesem Zweck notwendig. In diese Reihe von Maßnahmen, an die jetzt mit Ernst herangegangen werden muß, gehört auch die Einführung einer wirksamen Kartell- und Monopolkontrolle.

Leipart konnte als einmütige Meinung des Bundesausschusses feststellen, daß der Bundesvorstand seine Bemühungen energisch fortsetzen solle, die von der Reichsregierung bereits grundsätzlich versprochenen Erleichterungen der Notverordnung vom 5. Juni durchzusetzen. Es muß zu einer Verständigung mit dem Ausland, vor allem auch mit Frankreich kommen, um die Kreditverhandlungen zu einem positiven Abschluß zu bringen. Insbesondere müsse die Regierung aber zu einer klaren Entscheidung gegen die rechtsradikalen Parteien gedrängt werden, deren hemmungsloses Vorgehen die schwersten wirtschaftlichen sowie unübersehbare innen- und außenpolitische Gefahren heraufbeschwört.

Eisenbahnen als Wirtschaftsbarometer

Bei einer Gegenüberstellung der Ergebnisse einiger europäischer und amerikanischer Eisenbahnen kann man die Auswirkung der Weltwirtschaftskrise auf diese Länder zum Vergleich zu Deutschland sehr gut ermessen. Während die Güterverkehrseinnahmen im Jahre 1930 bei allen Bahnen zurückgegangen sind, haben die Personenverkehrseinnahmen der schwedischen Staatsbahnen, der französischen Eisenbahnen, der Schweizer Bundesbahnen und der österreichischen Bundesbahnen gegen das Jahr 1929 noch zugenommen. Bei den Gesamteinnahmen ergibt sich gegen das Vorjahr überall eine Abnahme; sie ist in Frankreich, Belgien und in der Schweiz nur gering, beträgt in England 5,4 Proz., in Italien 8,6 Proz. und er-

bis Mai nur um 4,3 Proz. gegen 1930 und um 5,7 Proz. gegen 1929 zurückgeblieben ist. (Der Verkehrsrückgang ist aus Tab. 2 zu ersehen.)

Die Personenverkehrseinnahmen gehen allmählich auch in Europa fühlbarer zurück als im Vorjahre. Der Rückgang ist am größten in Italien mit 13,7 Proz. In den Vereinigten Staaten von Amerika beträgt der Rückgang 1931 gegenüber 1930 fast ein Viertel und gegenüber 1929 fast ein Drittel der Personenverkehrseinnahmen.

Der Ausfall an Einnahmen im Güterverkehr ist am größten in Deutschland, Italien und in den Vereinigten Staaten von Amerika. Er beträgt in diesen Ländern gegenüber 1929 zwischen ein Viertel

Tabelle 1 Die finanziellen Ergebnisse einiger europäischer und amerikanischer Eisenbahnen im Jahre 1930.

Eisenbahnverwaltung	Währung	Betriebseinnahmen									Betriebsausgaben			Betriebszahl (abgerundet)	
		Personenverkehr			Güterverkehr			Zusammen (einschl. sonstige Einnahmen)			1930	1929	1930 gegen 1929 + %	1930	1929
		1930	1929	1930 gegen 1929 + %	1930	1929	1930 gegen 1929 + %	1930	1929	1930 gegen 1929 + %					
1. Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft	Mio RM.	346	1 423	- 5,4	2 839	3 486	-18,6	4 566	5 354	-14,8	4 109	4 493	- 8,5	90	84
2. Schweizer Bundesbahnen	Mio Fr.	159	156	+ 1,6	231	246	- 6,0	419	431	- 3,0	273	264	+ 3,2	65	61
3. Tschechoslow. Staatsbahnen	MioKronen	1 007	1 033	- 2,5	2 901	3 513	-17,4	4 183	4 829	-13,4	4 528	4 447	+ 1,8	108	92
4. Schwedische Staatsbahnen	MioKronen	70	66	+ 7,0	121	131	- 7,5	201	211	- 4,4	157	162	- 2,5	78	77
5. Englische Eisenbahnen	Mio £	74,1	77,3	- 4,1	96,1	103,2	- 6,9	170,2	180,5	- 5,7	—	—	—	—	—
6. Französische Eisenbahnen	Mio Fr.	3 260	3 188	+ 2,3	12 140	12 345	- 1,7	15 400	15 533	- 0,9	—	—	—	—	—
7. Italienische Staatsbahnen	Mio Lire	1 551	1 631	- 4,9	2 779	3 105	-10,5	4 330	4 736	- 8,6	—	—	—	—	—
8. Oesterreichische Bundesbahnen	Mio Schilling	220	219	+ 0,3	372	413	- 9,7	646	679	- 4,9	—	—	—	—	—
9. USA. Klasse I	Mio Dollar	730	874	-16,5	4 086	4 832	-15,4	5 343	6 360	-16,0	3 976	4 561	-12,8	74	72
10. New York Central R R Co.	"	111	131	-15,1	307	382	-19,5	479	590	-18,8	377	441	-14,6	79	75
11. Pennsylvania R R Co.	"	115	134	-14,1	402	488	-17,7	574	693	-17,1	430	500	-14,0	75	72

reicht in Deutschland, den Vereinigten Staaten von Amerika und in Kanada rund 15 Proz.

Soweit die Eisenbahnen ihre Geschäftsberichte für das Jahr 1930 veröffentlicht oder wenigstens vorläufige Zahlen bekanntgegeben haben, ersehen man aus Tabelle 1.

Die Betriebsausgaben wurden bei der Deutschen Reichsbahn, in den Vereinigten Staaten von Amerika und in Kanada den verminderten Betriebseinnahmen angepaßt. In geringerem Ausmaße

bis ein Drittel. Aber auch in den anderen Ländern, in denen bisher der Güterverkehr von der Wirtschaftsdpression verhältnismäßig wenig betroffen war, wie in Frankreich, England und in der Schweiz, ist im Jahre 1931 ein stärkerer Rückgang zu verzeichnen. In der Schweiz ist der Einnahmerückgang im Güterverkehr am geringsten, beläuft sich aber immerhin auf 7 Proz. gegenüber 1930 und auf über 11 Proz. gegenüber 1929. Da vor allem in Deutschland und in den Vereinigten Staaten von Amerika die Einschränkung der

Tabelle 2 Die finanzielle Entwicklung von 1931 und 1930 zum Ergebnis von 1929 in Prozenten.

Eisenbahn	Zeitraum	Derkehrseinnahmen				Betriebs-einnahmen insgesamt		Betriebs-ausgaben		Betriebszahl		
		Personenverkehr		Güterverkehr		1931 in % gegen		1931 in % gegen		1931	1930	1929
		1931 in % gegen 1930	1931 in % gegen 1929	1930	1929	1930	1929					
Deutschland	Januar—Mai	- 6,9	-11,2	-18,3	-30,8	-14,8	-24,8	-16,3	-18,6	88,9	90,6	82,2
Schweiz	Januar—Mai	- 0,5	+ 3,5	- 6,8	-11,2	- 4,3	- 5,7	- 2,6	+ 3,2	—	—	—
Tschechoslowakei	Januar—Mai	- 2,1	+ 0,1	- 9,8	-24,4	- 7,9	-19,0	—	—	—	—	—
England	1. I. — 21. VI.	- 7,2	- 8,7	-11,1	-14,6	- 9,5	-12,3	—	—	—	—	—
Frankreich	1. I. — 29. IV.	- 5,4	+ 0,2	- 9,8	- 8,9	- 9,0	- 7,3	—	—	—	—	—
Oesterreich	Januar—April	- 8,4	+ 3,8	-14,8	-15,9	-11,8	- 8,3	—	—	—	—	—
Italien	Januar—April	-13,7	-15,0	-23,0	-25,0	-19,8	-21,6	—	—	—	—	—
USA Klasse I	Januar—März	-24,1	-31,7	-18,3	-26,6	-19,1	-27,1	-17,4	-21,8	79,5	78,0	74,1
New York Central R R Co.	Januar—März	-18,5	-25,8	-19,9	-31,1	-19,4	-29,4	-18,6	-24,9	80,4	79,4	75,7
Pennsylvania R R Co.	Januar—März	-23,1	-26,2	-19,0	-26,9	-20,0	-26,6	-15,9	-19,0	82,7	78,9	75,2

) Erhöhung der Tarife um 14,7% ab 15. März 1929.

war dies in England und Italien möglich, während in Belgien und in der Schweiz die Ausgaben noch um etwa 4 Proz., in Frankreich sogar um fast 12 Proz. gestiegen sind. Am stärksten wurden von der allgemeinen Wirtschaftsdpression die Deutsche Reichsbahn, die amerikanischen Eisenbahnen und die tschechoslowakischen Staatsbahnen betroffen. Die Einnahmeausfälle liegen zwischen 13,4 bis 18,8 Proz. Erst in weiten Abständen folgen dann die übrigen europäischen Eisenbahnen.

Derfolgt man nun die Ergebnisse der Eisenbahnen in den ersten Monaten des Jahres 1931, so sieht man darin die Auswirkung der weiteren Verschärfung der Weltwirtschaftskrise. Bei einer Gegenüberstellung sieht man, daß die amerikanischen Bahnen die größten Einnahmeausfälle zu verzeichnen haben. Ihm folgen die deutsche Reichsbahn und Italien. In Italien ist in diesem Jahre der Abfall wesentlich steiler als in Deutschland. Am günstigsten haben die schweizerischen Bundesbahnen abgeschnitten, deren Gesamteinnahme

Betriebsausgaben entsprechend dem Verkehrsrückgang angepaßt werden, wirkt sich dieser Druck ganz besonders auf die Beschäftigten aus.

Das Volkshochschulheim Dreißigacker bei Meiningen eröffnet am 15. September einen Kursus für Männer im Alter von 20 bis 30 Jahren, der bis zum 15. Dezember 1931 läuft. Anmeldeungen mit Lebenslauf sind sofort an die Heimleitung des Volkshochschulheimes Dreißigacker bei Meiningen in Thüringen zu richten. Als Kursgeld werden für den gesamten Kurs, wenn nicht staatliche oder städtische Beihilfen gewährt werden, 40 Tagelöhne gefordert. Das Mindestschulgeld beträgt 150 Mk. einschließlich Kost, Wohnung, Heizung und Licht. — Arbeitslose können das Mindestschulgeld durch ihre Erwerbslosenunterstützung begleichen. Sie müssen sich zu diesem Zwecke an ihr Arbeitsamt wenden. Im Falle von Schwierigkeiten wende man sich an die Heimleitung. Die Reisekosten werden auf die Hälfte ermäßigt. Prospekte durch die Heimleitung.

Der Mensch als Betriebsfaktor

Die Lehre vom Seelenleben des Menschen ist leider längst nicht so verbreitet, wie man es wünschen müßte. Zweifellos würde unser Zusammenleben viel erträglicher, wenn wir mehr voneinander wüßten. Das „Sichhineinversetzen“ in andere ist ja die allererste Voraussetzung für gegenseitiges Verstehen. Daran aber mangelt es allenthalben.

Der Schäfterbeamte sollte eingehend Kenntnis von der inneren Verfassung des vor den Schäftern stehenden Publikums haben, genau so, wie etwa der Arbeitsamtsangestellte von der Seelenverfassung des Arbeitslosen wissen muß. Keiner sollte Vorgesetzter sein, der die geistige Verfassung seiner Untergebenen nicht kennt. Man darf es ruhig aussprechen: in dieser Beziehung leben wir noch außerordentlich primitiv. Behörden und Unternehmer verschäumen z. B. in der psychologischen Schulung ihrer Vorgesetzten noch viel zu viel. Die Art und Weise, in der heute Vorgesetzte ernannt werden, ist nicht immer die richtige. Wer den nach oben katzbuckelnden Schmarozer befördert und in Vorgesetztenstellung bringt, macht es sich freilich sehr leicht. Er kann jedoch besondere Qualitäten in der Auswahl seiner gehobenen Angestellten für sich nicht beanspruchen. Unsere Industrie gibt unendlich viel Mittel aus für die Forschungsarbeit an Rohstoffen und Materialien, für praktische Erfindungen und rationalisierte Arbeitsmethoden; neuerdings endlich auch für Einrichtungen der Betriebshygiene. Die psychologische Schulung der Vorgesetzten jedoch ist nach wie vor vernachlässigt worden.

Der sehr selbstverständliche Grundsatz „Wer Menschen führen will, muß sie verstehen“, hat sich noch lange nicht bei Unternehmern und Behörden durchgesetzt. Unendlich viel Konflikte, Verzögerungen und Reibereien ließen sich bei nachdenklicher, kluger Behandlung der arbeitenden Menschen vermeiden. Man sollte arbeitenden Menschen zumindest ebensoviel Interesse entgegenbringen, wie den zur Verarbeitung kommenden Materialien. Da wird z. B. das Papier der Buchdruckereien unter Anwendung aller Vorsichtsmaßnahmen gelagert, gewissen Feuchtigkeitsgraden ausgesetzt und das Lager unter entsprechenden Temperaturen gehalten. Ueber die Behandlung der arbeitenden Menschen macht man sich jedoch kaum irgendwelche Gedanken.

Psychologische Vorgesetztenbildung, Verständnis für die beschäftigten Arbeiter, Angestellten und Beamten, klug durchdachte Menschenbehandlung und Führung liegen im Interesse aller Beteiligten. Das hat der Abteilungsleiter in der Dennison Manufacturing Co. und Dozent am Harvard College, E. D. Smith, in seinem Buch „Psychologie für Vorgesetzte“ (Deutsche Verlagsanstalt Stuttgart, Berlin und Leipzig) scharf und treffend herausgearbeitet.

Das Buch unterstreicht die hier aufgeworfenen Gedanken in einem beigegebenen Vorwort mit der notwendigen Schärfe. Nach Ansicht erfolgreicher, amerikanischer Geschäftsleute sind Vorgesetzte, die Menschen zu führen verstehen, die Voraussetzung zur Erhöhung des wirtschaftlichen Wirkungsgrades. Ganz richtig wird bemerkt: „Sernen, wie man Menschen führt, so daß sie willig ihr Bestes geben, ist etwas vom Allerwichtigsten für den Geschäftsmann, ist die Aufgabe jedes Vorgesetzten im weitesten Sinne des Wortes, also auch des Beamten, Erziehers, des Führers im geistigen und politischen Leben.“

Smith behandelt die Frage: „Warum Menschen so sind, wie sie sind.“ Neben viel Gemeinsamem stellt er große Unterschiede unter den Menschen fest. Aber der Mensch besitzt Lernfähigkeit. Smith behauptet sogar, daß Ausmaß und Umfang des Lernens größer seien, als bei oberflächlicher Betrachtung scheinen mag. Ausschlaggebend seien in den meisten Fällen Gewohnheiten. Diese aber lassen sich leiten und lenken, biegen und strecken. Auch der Vorgesetzte hat oft üble Gewohnheiten. Die Art, wie er seinen Dienst aufsaßt und verrichtet, wird in erheblichem Umfang bestimmt durch Gewohnheiten, die er angenommen hat. Eingehend untersucht Smith, was wohl angeboren und was erworben sein könnte. Er schlägt die Umwelteinflüsse außerordentlich hoch ein und glaubt auch, Veranlagungsneigungen ändern zu können. Deshalb fordert er vom Vorgesetzten nicht nur eine Auswahl seiner Schaffenskräfte, sondern vielmehr noch eine Beeinflussung und Formung derselben. Das ist allerdings weit mehr, als bei uns zu Lande im Durchschnitt vom Vorgesetzten verlangt wird. Materialschaden wiegt mehr, als irgendwelcher Schaden an der Seele des Arbeitenden. Smith fordert weitgehende Beispielgebung. Durch den andauernden und mächtigen Einfluß des Betriebsvorbildes und -milieus bestimmt der Vorgesetzte nach seiner Meinung weitgehend die Richtung, in der sich die menschliche Natur seiner Angestellten auslebt.

Im Zusammenhang mit der Behandlung der Gewohnheiten erinnert Smith an das Sprichwort „Übung macht den Meister“. Ein Vorgesetzter soll nicht predigen, sondern durch Beispiele wirken. Ein Vorgesetzter muß Finger-spitzengefühl dafür bekommen, wann seine Führung unerwartete oder unerwünschte Resultate hat, oder wo sein Eingreifen bei dem Wirken seiner Untergebenen wünschenswert ist. Dabei ist Maß und Ziel immer angebracht. Nicht zuviel auf einmal vornehmen. Wer seine Ziele von Anfang an allzu hoch steckt, setzt sich leicht Rückschlägen aus. Verständige Führung ist in jedem Fall der Gewalt vorzuziehen.

Smith gibt eine feine Analyse von Gewohnheit und Denken, allerdings haben die Uebersetzer hier mit allzu starkem Respekt vor dem amerikanischen Original gearbeitet. Wir vom Rhythmus der Zeit Gepackten wünschen ein wenig mehr Konzentration.

Unter dem Stichwort „Gewohnheit und Triebe“ wird die Vielgestaltigkeit der Kräfte der Persönlichkeit behandelt. „Der Mensch ist ähnlich wie eine Fabrik, keine vollständig zentralisierte Einheit, die nur einem Willen gehorcht. Jeder Mensch ist mehr oder weniger das Schlachtfeld von vielen Triebkräften.“ Diese Triebkräfte werden eingehend untersucht und ihr Zusammenhang mit Gewohnheiten herausgearbeitet. Dabei kommt Smith zu hochinteressanten und beherzigenswerten Feststellungen:

„Ermüdung, Furcht und Zorn stehen im Zusammenhang miteinander und verschärfen sich gegenseitig.“ „Müdigkeit und Jähzorn sind menschlicher Dynamit, von dem viele Explosionen in der Industrie herrühren.“ Uebermüdung und Unbeherrschtheit lähmen die Urteilsfähigkeit und sind deshalb Gefahren für alle Vorgesetzten. Sorgfältiges Vermeiden und beobachtetes Mildern dieser Gefahren, wo sie sich nicht verhindern lassen, lohnen sich immer reichlich. Es überrascht bei dieser Einstellung des Verfassers durchaus nicht, daß der Frage der Selbstkontrolle große Aufmerksamkeit geschenkt wird.

Die Wirkung der Gruppe in der Industrie, die Fragen Individuum und Masse werden im sechsten Kapitel behandelt. Smith meint, daß sich die meisten Konflikte in den Betrieben aus diesem Fragenkomplex ergeben. Eindringlich wird gewarnt vor unnötigem Druck, unnötigen Härten und unerfreulichen Maßnahmen. „Unnötige freiheitsbeschränkende Einrichtungen führen zweifellos zur Aufstachelung rebellischer Wünsche. Wenn harmlose Dinge verboten sind, kann niemand mehr wissen, wo das Verbotene aufhört.“

„Streng durchgeführte Ungerechtigkeit ist das größte Unrecht. Strenge, aber launenhafte Kontrolle ist Tyrannei. Für den Tyrannen ist in der Industrie so wenig Platz, wie im Staatsleben. Wo immer Beaufsichtigung mehr einschränkt, als nötig ist, wo immer Einschränkung angewandt wird ohne Verständnis des inneren Begehrens des Menschen, da ist der Rebellion der Weg bereitet.“

Trotzdem Smith mit den Gewerkschaften augenscheinlich nicht allzu stark sympathisiert, sollten unsere deutschen Unternehmer zu ihm in die Schule gehen. Mit erfreulicher Klarheit stellt er die Bedeutung der Betriebsräte oder der Gewerkschaften für die Mitarbeit in den Betrieben fest.

„Die Weigerung, einen Betriebsrat oder eine Gewerkschaft anzuerkennen, oder mit ihnen zu verhandeln, kann z. B. den Arbeitern die Gelegenheit nehmen, auf friedlichem Wege für die Besserung ihrer Lage zu wirken, auf dem einzigen Wege, von dem sie das Gefühl haben, daß er praktisch wirksam ist. Da scheinbar kein aufbauender Weg offen ist, wenden sich ihre erregten Energien nach der zerstörenden Seite.“

Das Bedürfnis, wenigstens angehört zu werden, ist außerordentlich stark. Es zu verleugnen, füge zur Ungerechtigkeit den Schimpf. Die schätzungswerten Wirkungsmöglichkeiten der Betriebsräte oder ähnlicher Einrichtungen der Arbeiter und Angestellten werden in den Vordergrund gerückt.

Der Verfasser gibt Beispiele für die Ausschaltung von Konflikten. Er bringt zum Ausdruck, daß das Leben viel zu kompliziert und viel zu schwer für uns sei, als daß wir hoffen könnten, zu einer vollkommenen Schlichtung aller seiner Entwicklungen zu gelangen. Aber ohne zu suchen, könnten wir nichts finden. Worauf es ankäme, sei, sich Gedanken über das Wesen des menschlichen Verhaltens zu machen.

Die Gewerkschaften haben von jeher auf die Bedeutung der Arbeitsfreude hingewiesen. Wichtig und wertvoll für Staat und Wirtschaft ist die Pflege und Würdigung des Menschen im Arbeiter.

O. Kurpat.

Das Saargebiet und seine Arbeiterschaft

In Unterhaltungen haben wir Saarländer des öfteren herausgehört, daß unsere Arbeitsbrüder im Reich der Meinung sind, wir wären schon halb französisiert, andere wieder meinen, im Saarland fließe Milch und Honig. Darum wollen die folgenden Zeilen einmal die Wirklichkeit schildern.

Wirtschaftlich ist das Saargebiet bedeutend durch seinen Kohlenreichtum und seine Eisenindustrie. Die Kohlenfelder ziehen sich über die Grenzen des Saarbeckens nach Lothringen. Von den Kohlenvorräten von 16,50 Millionen Tonnen entfallen zwei Drittel auf das Saargebiet. Die Anfänge des Bergbaues reichen bis zum 14. Jahrhundert zurück, eigentlicher Bergbaubetrieb erfolgte ab 1751, als der damalige Fürst Wilhelm Heinrich von Saarbrücken die Erbschätze für Staatseigentum erklärte. Neuen Aufstiege brachte die Zugehörigkeit zu Preußen ab 1815.

Im Jahre 1916 waren 917 Bergleute, im Jahre 1860 12.159, im Jahre 1913 56.870 und im Jahre 1930 57.202 Bergleute beschäftigt.

Der Waldreichtum des Saargebietes ließ ebenfalls schon im 14. Jahrhundert Eisenschmelzen entstehen, die sich später auf das Kohlenvorkommen aufbauten. Die großen Hüttenwerke in Neunkirchen, Burbach, Brebach, Dölklingen und Dillingen, die im Jahre 1800 1000 Arbeiter beschäftigten, steigerten deren Zahl bis 1913 auf 35 000 und heute sind es noch 28 000.

Alt ist auch die Glasindustrie mit Glashütten in Friedrichsthal, St. Ingbert und Loupenthal, von denen infolge Konzentration im Jahre 1927 die in Friedrichsthal eingestellt wurde. Bemerkenswert ist auch die Keramikindustrie mit ihren Werken bei Mettlach, sowie eine ausgedehnte Fertigwarenindustrie.

Durch den Friedensvertrag wurden die Saargruben am 10. Januar 1920 französisches Staatseigentum. Die anderen großen Werke, besonders in der Eisenindustrie, wurden von französischem Kapital durchgekauft. Nur in dem Unternehmen Röhring gelang dieser Versuch nicht; des weiteren wurden die französischen Aktien des Stumm-Konzerns von dem Deutschen Wolf im Jahre 1929 übernommen. Die Wirtschaft mußte sich im Abfall umstellen und unterliegt dem französischen Zollregime. Die Saarmwirtschaft ist auf Ein- und Ausfuhr angewiesen und nur in einem starken Wirtschaftsverband lebensfähig.

Die Kohlenproduktion betrug 1928 131 Millionen Doppelzentner, die Ausfuhr der Saarkohle nach Deutschland betrug 1928 26,20 Millionen Doppelzentner im Werte von 221 93 000 Mk. Die Einfuhr aus Deutschland nach dem Saargebiet betrug 11,50 Millionen Doppelzentner im Werte von 115 481 000 Mk. Eine genaue Statistik der französischen Ein- und Ausfuhrzahlen liegt nicht vor.

Obgleich das Saargebiet laut Friedensvertrag zu den Reparationskosten nicht herangezogen wird, sind die Steuern höher als in Deutschland. Der wirtschaftliche Ertrag der Industrie fließt durch den Besitz der Gruben und Teile der Industrie zum großen Teil nach Frankreich. Die Löhne der Arbeiter sowie die Sozialbezüge der Arbeitsunfähigen sind stark gedrückt durch die derzeitigen wirtschaftspolitischen Verhältnisse.

Das Jahr 1930 wird eines der trübsten Kapitel in den Annalen der Saarmwirtschaftsgeschichte sein. Die Hoffnung, daß wir, wie in früheren Jahren, die Wirtschaftsdpression nicht im vollen Ausmaß spüren würden, ist grausam zuschanden geworden. Das weltweite Ausmaß der Krise und ihre lange Dauer wirkt sich auch hier in voller Schwere aus, weil unsere Exportindustrie in starker Abhängigkeit von der Wirtschaftslage in Deutschland und Frankreich steht.

Im Bergbau und in der Schwerindustrie wurden die Forderungen immer häufiger und selbst die umfangreichste Arbeitsbrechung konnte nicht vermeiden, daß Tausende von Arbeitskollegen in- und außerhalb des Saargebietes dem harten Schicksal der Arbeitslosigkeit überantwortet wurden. Aber trotz einer gewaltigen Verdienstschränkung von vielen Millionen war von einer Anpassung der Preise an die gesunkene Kaufkraft nichts zu spüren, zum Teil bedingt durch französische Zollmaßnahmen, die keine Rücksicht auf die wirtschaftlichen Notwendigkeiten des Saarlandes nahmen. So ist z. B. trotz Einspruchs der Gewerkschaften jeder Zentner Kartoffeln mit 8 Fr. Zoll und Gebühren belastet. Die Regierungskommission zeigt kein Verständnis für die gegenwärtige Lage, auch nicht gegenüber den Kommunen. Anstatt ihnen Gelder zu einem annehmbaren Zinsfuß zu vermitteln, schafft diese Völkerebundsregierung Verhältnisse, die die Kommunen zwingen, an fremde Banken 15 bis 20 Proz. Zinsen

zu zahlen. Wie die Regierungskommission zur Saarmwirtschaft steht, läßt der Regierungsbericht erkennen, der in der Tagespresse veröffentlicht wurde. Daraus zu schließen ist noch: das Saargebiet wird nicht parlamentarisch regiert. Die Regierungskommission erledigt so ziemlich alles ohne den Landestat, also unter Ausschluß der Öffentlichkeit. Man erfährt daher von ihrem Finanzgebaren nur durch ihre eigene Berichterstattung. Die Regierung berichtet also in der Tagespresse:

„Die Regierungskommission habe sowohl auf steuerlichem als auch auf sozialpolitischem Gebiet nach Möglichkeit auf die Lage der Wirtschaft Rücksicht zu nehmen gesucht. Ihr Ziel sei, die Produktionsmöglichkeit und Konkurrenzfähigkeit der Produktion zu fördern. Dieses Ziel werde sie auch in Zukunft im Auge behalten, denn Arbeitsmöglichkeit und Lohnlage seien von der Produktionslage unbedingt abhängig.“

Zur Arbeitsbeschaffung seien im Rechnungsjahr 1930/31 allein aus der produktiven Erwerbslosenfürsorge 5 500 000 Fr. zugunsten der Gemeinden und der Beschäftigung Arbeitsloser, für Straßenbau, Meliorationsarbeiten, Wasserleitungen, Schulhausbauten rund 7 500 000 Fr. bewilligt worden. Neuerdings habe die Regierungskommission beschlossen, daß die letztgenannten Arbeiten auch im Rahmen der produktiven Erwerbslosenfürsorge ausgeführt werden können. Auf diese Weise würden 223 000 Tagewerke für die Arbeitslosen geschaffen, die für die Landeskasse weitere 3 600 000 Fr. bedeuten.

Allzu weit könne die Arbeitsbeschaffung nicht gehen, weil es sowohl der Regierungskommission als auch den Gemeinden hierzu an Mitteln fehle. Die liquiden Mittel der Regierungskommission betrügen nur rund 55 000 000 Fr., eine Summe, die nur wenig mehr als einen halben Monatsbedarf der Gesamtausgaben der Verwaltung (einschließlich Verkehrsweisen) des Saargebietes darstelle. Die Regierungskommission legt Wert darauf, daß alle Verantwortlichen sich diese Tatsachen vor Augen hielten und die Ansichten über die ungezählten Reservemillionen des Saargebietes berichtigt würden.“

Gegenüber den Forderungen auf völlige Aufhebung der Wohnungszwangswirtschaft wird gesagt, es sei ohne Zweifel, daß die restlose Aufhebung der Wohnungszwangswirtschaft eine Steigerung der Mieten zur Folge habe. Eine Mietsteigerung aber sei untragbar zu einer Zeit, in der die Arbeitnehmerkraft starken Lohnreduzierungen ausgesetzt sei. Uebrigens haben die Gemeindevertretungen es selbst in der Hand, die Aufhebung der Wohnungszwangswirtschaft zu beschließen. Die Wohnungszwangswirtschaft besteht im Saargebiet nur noch in 27 Gemeinden mit 363 927 Einwohnern, während sie in 263 Gemeinden mit 406 103 Einwohnern aufgehoben ist.

Hinsichtlich der Verkehrs- und Tariff Fragen wird erklärt, daß die Güter- und Frachttarife schon jetzt so niedrig gestaltet seien, daß eine weitere Ermäßigung im Interesse der eigenen Finanzen nicht möglich wäre. Auch die Arbeiterfahrkarten seien viel niedriger gehalten, als in andern Gebieten.

Die angeführten Leistungen aus der produktiven Erwerbslosenfürsorge sind nicht erheblich, denn im vergangenen Jahre ist im günstigsten Falle nur jeder vierzigste Arbeitslose dadurch mit Arbeit und Brot versorgt worden. Die neu vorgesehenen Arbeiten im Rahmen der produktiven Erwerbslosenfürsorge schrumpften auf rund elf Tagewerke für den Kopf der Erwerbslosen zusammen.

74 Millionen Franken sollen für „gemeinnützige Zwecke“ ausgeteilt sein. Eine Aufstellung über die Verteilung dieser Gelder wäre für die Öffentlichkeit sicher interessant, leider gelten im Saargebiet, im Völkerebundsland, parlamentarische Grundsätze erst recht nicht in der Finanzgebarung.

Mit dem am 1. Oktober 1930 erfolgten Inkrafttreten der Erwerbslosenfürsorgeverordnung ist mit den bis dahin bestehenden unhaltbaren Zuständen, in jeder Gemeinde eine andere Handhabung der zahllosen, seit zehn Jahren ergangenen Bestimmungen, aufgeräumt worden. Leider enthält die neue Verordnung, die ohne Kenntnis und Mitberatung der Gewerkschaften und der Arbeitskammer erlassen wurde, Bestimmungen über die Pflichtarbeit, die von den Gewerkschaften abgelehnt werden müssen. Auch die Verwaltungen der größten Gemeinden sind grundsätzlich gegen die Zwangsarbeit, so daß zu hoffen ist, daß doch noch eine Änderung eintritt. Zu den Unterstützungsjahren tritt vom 1. Dezember bis 31. März ein Winterzuschlag, dessen dauernde Beibehaltung die Gewerkschaften fordern. Die täglichen Unterstützungssätze betragen in Franken:

	Regeljah	Säge und Winterzuschlag
1. Männliche Personen:		
a) über 21 Jahre mit eigenem Haushalt	9,—	9,90
b) über 21 Jahre sofern sie ledig sind..	8,—	9,20
c) unter 21 Jahre aber über 18 Jahre.	6,—	6,60
d) unter 18 Jahre aber über 16 Jahre.	4,—	4,60
2. Weibliche Personen:		
a) über 21 Jahre mit eigenem Haushalt	8,—	8,80
b) über 21 Jahre sofern sie ledig sind..	6,—	6,90
c) unter 21 Jahre aber über 18 Jahre.	5,—	5,50
d) unter 18 Jahre aber über 16 Jahre.	3,—	3,30
3. Familienzuschläge:		
a) Ehegatten und sonstige unterstützungsberechtigte Angehörige über 21 Jahre	4,—	4,40
b) Kinder und unterstützungsberechtigte Angehörige unter 21 Jahre	3,—	3,30

Die wochentägliche Unterstützung darf den Betrag von 30 Fr. nicht übersteigen. Die Familienzuschläge dürfen das Zweifache der einem Erwerbslosen gewährten Unterstützung nicht übersteigen.

Die Unterstützungsdauer ist für die Zeit vom 15. Dezember 1930 bis 30. April 1931 verlängert von 26 auf 39 Wochen für Büroangestellte, Bauhilfsarbeiter, Erdarbeiter, Maschinenschlosser, Tagelöhner und sonstige ungelernete Arbeiter.

Für alle sonstigen Berufe ist die Unterstützungsdauer 35 Wochen.

Saisonarbeiter unterliegen in der Zeit vom 1. Dezember 1930 bis 15. März 1931 einer Sonderregelung. Sie können in dieser Zeit Unterstützung erst nach einer Wartezeit von 7 Tagen und nur auf die Dauer von 12 Wochen beziehen. Darunter fallen die Baugewerbe.

Durch die Arbeitsnachweis-Verordnung vom 1. Dezember 1930 wurde das Arbeitsnachweiswesen neu geregelt. Der wesentlichste Mangel ist, daß der Meldezwang für alle offenen Stellen nicht durchgeführt wurde. Von vornherein ausgenommen sind alle Betriebe, die weniger als 5 Arbeitnehmer beschäftigten, also der größte Teil des Handwerks. Für Betriebe mit mehr als 5 Beschäftigten kann der Minister für das Arbeitswesen die Meldung anordnen. Zur Durchführung dieser Verordnung, wie auch der Bestimmungen aus der Erwerbslosenfürsorge wurden 8 bezirkliche Arbeitsämter gebildet, denen Spruchauschüsse von je 4 Arbeitnehmern und 4 Arbeitgebern angegliedert sind.

Die Arbeitsmarktlage wird in folgender Tabelle anschaulich dargestellt:

In den Monaten	1929			1930		
	Beschäftigte	Erwerbslose	Erwerbslose in Proz. der Beschäft.	Beschäftigte	Erwerbslose	Erwerbslose in Proz. der Beschäft.
Januar ..	163 260	10 498	5,7	179 355	11 307	6,30
Februar ..	157 803	13 842	7,8	178 027	11 949	6,71
März ..	160 928	9 240	5,13	180 750	8 882	5,0
April ..	165 349	5 217	2,77	181 522	7 522	4,14
Mai ..	166 515	3 979	2,14	180 565	7 362	4,0
Juni ..	167 983	3 762	2,02	179 372	6 330	3,50
Juli ..	188 789	3 238	1,71	178 649	7 095	3,96
August ..	187 461	3 398	1,81	177 405	7 099	4,0
September ..	186 815	3 990	2,13	175 893	7 527	4,20
Oktober ..	186 819	5 025	2,68	175 317	9 013	5,10
November ..	186 674	6 408	3,43	173 022	12 110	6,99
Dezember ..	179 065	10 515	5,09	168 796	15 245	9,03
Januar 1931				167 458	18 921	11,30

Auf dem Gebiete der Sozialversicherung kann von einigen Neuerungen, die nicht immer Verbesserungen sind, berichtet werden.

In der Krankenversicherung wurde die Versicherungspflicht erweitert auf Angestellte in Berufen der Erziehung, Unterricht, Fürsorge, Kranken- und Wohlfahrtspflege, ferner wurde die Versicherungsmöglichkeit der Witwe beim Tode eines Versicherten und die Freizügigkeit der weiterzahlenden Mitglieder ermöglicht. Auch wurde die Familienbehandlung für 13 Wochen gesetzlich vorgeschrieben. Endlich wurde die Zulassung von Erbschaft- und Berufskassen und die Versicherung der Erwerbslosen gesetzlich geregelt.

Als wesentliche Verschlimmerungen sind jedoch zu verzeichnen, die Beschränkung der Beitragshöhe ab 1. Januar 1931, die Einführung eines 10prozentigen Kostenbeitrages für Arznei, Heil- und Stärkungsmittel, sowie die beschränkende Festlegung der Grenze der Leistungen für Familienangehörige gegenüber bisheriger Zuschüsse.

In der Invaliden- und Angestellten-Versicherung trat eine Zulage ab 1. April 1930 in Höhe von 10 Proz. ein. Die Renten werden anteilig nach den nachgewiesenen Marken zwischen Reich und Saargebiet nach dem Grundsatz der Gegenseitigkeit berechnet und der Reichsanteil in Franken umgerechnet mit zur Auszahlung gebracht.

Invalidentrenten werden bewilligt bei Invalidität (66% Proz.) und nachgewiesenen 200 Marken, oder ohne Invalidität bei 65 Jahren und 200 Marken. Angestelltenruhegelder bei Berufsunfähigkeit (50 Proz.) oder beim Alter von 65 Jahren (60 Beitragsmonate).

In der Unfall-Versicherung fehlt immer noch die Anerkennung der Berufskrankheiten, sowie die der Unfälle auf dem Wege zur Arbeitsstelle und zurück.

Die Unfallrente wird nach dem Jahresarbeitsverdienst berechnet. Dabei werden Verdienste bis 12000 Fr. jährlich voll angerechnet, der 12000 Fr. übersteigende Betrag nur mit einem Drittel.

Auf dem Gebiete des Arbeitsrechts ist zu erwähnen die Verordnung vom 3. Dezember 1930 über Kündigungsfristen von Angestellten. (3 Monate bei 5jähriger Beschäftigung, 4 Monate bei 8-, 5 Monate bei 10- und 6 Monate bei 12jähriger Beschäftigungsdauer.)

Zum Schluß sei noch in einer Tabelle die Lohnentwicklung in den wichtigsten Industrien und Gewerben aufgeführt, um den Kollegen im Reich ein Bild zu geben von der Schlagkraft der im Saargebiet bestehenden Organisationen. Ohne deren tatkräftiges Wirken wären diese Löhne nie erreicht worden.

Berufsgruppe	Sparte	Durchschnittlicher Schichtverdienst 31. 12. 29.		Durchschnittlicher Schichtverdienst 31. 12. 30.	
		ledig	verh. u. 2 Kind.	ledig	verh. u. 2 Kind.
		Löhne in Franken			
Bergbau	Dollhauer	41,40	45,90	41,40	45,90
	übertage, Gruppe I	36,50	41,05	36,50	41,05
Hüttenindustrie	gelernte Arbeiter ..	43,85	45,95	42,50	44,35
	angelern. Arbeiter ..	37,45	39,55	36,30	38,35
Eisenferr.-Ind. Bau- u. Holzgew.	gef. Akkordarbeiter ..	41,60	43,60	41,60	43,60
	Maurer	51,60	51,60	51,60	51,60
	Bauhilfsarbeiter ..	36,—	36,—	36,—	36,—
	Zimmerer	54,—	54,—	54,—	54,—
	Schreiner	53,20	53,20	53,20	53,20
	gelernte Arbeiter ..	45,75	47,65	42,85	44,75
Fensterglasind.	Hilfsarbeiter	31,85	33,75	30,25	32,15
	gelernte Arbeiter ..	44,—	46,—	41,80	43,20
Keramikindustrie	angelern. Arbeiter ..	34,—	35,45	34,—	36,—
	gelernte Arbeiter ..	61,15	61,15	56,20	56,20
Flaschenindustrie	Maschin. u. Heizer ..	—	—	47,60	52,30
	gelernte Brauer ..	53,75	55,70	53,75	55,70
Brauereien ..	Hilfsarbeiter	45,70	47,65	45,70	47,65
	Buchdrucker, Seher ..	54,—	56,—	54,—	56,—
Buchdrucker ..	Hilfsarbeiter	36,45	40,—	36,45	40,—
	Handwerk.-Geding ..	44,30	48,—	44,30	48,—
Eisenbahnen ..	Hilfsarbeiter	41,10	44,80	41,10	44,80
	gelernte Arbeiter ..	46,40	51,20	46,40	51,20
Stadt Saarbrück.	Hilfsarbeiter	38,70	43,50	38,70	43,50
	Speidition 10 Stb. ..	42,65	45,25	42,65	45,25
Transportgew. ..	Lagerarbeit. 9 Stb. ..	39,10	41,65	39,10	41,65
	Kraftfahrer, Handel ..	41,—	45,—	41,—	45,—

Die Löhne hätten noch besser sein können, wenn eine noch größere Masse der Kollegen den Wert der Organisation erkannt hätte, um in völlig geschlossener Front den Arbeitgebern gegenüber zu treten. Bedauerlicherweise macht sich auch im Saargebiet das schädigende Verhalten der sogenannten RGO. bemerkbar. Nichts ist verbrecherischer gegenüber der Arbeiterschaft, als die Not der Zeit für gewisse Ziele einer Partei zu missbrauchen, welche den Gewerkschaften nur noch Handlangerdienste zubilligt. Auch in der Abwehr dieser „Opposition“ fühlt die Saararbeiterschaft mit den Kollegen im Reich sich einig, da nur im zähen Ringen und festen Zusammenschluß unsere Ziele erreicht werden können.

A. S c h a i l

Der weiße Kuli

II.

Ja, das ist nun einmal so bei der Seefahrt. Für jede Krankheit, sogar wenn sich jemand derb in die Finger gesäbelt hat, findet sich Mitgefühl, aber Seekrankheit — nee, is nicht. — Da zeigt jeder auch wenn er selbst fürchterlich unter den temporären Eruptionen gelitten hat. Ich kann mir nicht helfen, es sieht auch wirklich zu komisch aus, wenn Leute, die vielleicht noch vorher große Töne riskiert haben, beim geringsten „Stampfen“ drollige Gesichter schneiden, mit dem Taschentuch vor dem Mund hinauslaufen, sich über die Reling hängen und „göbeln“, daß sie mit den Beinen in der Luft herumstrampeln. Dies Bild gilt natürlich für Passagiere. Der Aufwäscher bleibt stehen, wo er steht, auch wenn ihm noch so übel wird (wobei zu bemerken ist, daß Beschäftigung in Wirklichkeit das beste Mittel gegen Seekrankheit ist).

Und so geht denn die Fahrt weiter — Feuerschiff „Elbe I“ und „Elbe II“ sind schon vergessen. Antwerpen als erster Auslands-hafen mit seiner Kathedrale (die immer noch in Reparatur ist von wegen Kriegsschäden) kommt in Sicht mit seinen unzähligen Hafens-bars und Dirnen, die sich, ach so liebevoll, der armen Seeleute annehmen (gewöhnlich aber sind die „Sailors“ hernach immer ärmer als vorher).

Sah ich da, wie drei schweinemäßig besoffene Chinesen, Wäscher von irgendeinem „Steamer“ von weißen Mädels in der laufigsten Art und Weise abgeküßt wurden. Natürlich warteten die Chinesen mit dito „Aufmerksamkeiten“ auf, die an Obszönitäten nichts zu wünschen übrig ließen. Nachher gingen die drei Mädels mit den dreien fort.

Wie hat man damals über „schwarze Schmach“ als Kulturschande sich die Hälse dick geschrien, als aus den Rheinlanden diverse Sachen an die Öffentlichkeit kamen. Was es aber mit so einer „Kulturschande“ auf sich hat, habe ich hier in deutlichster Greifbarkeit bestaunen dürfen.

Weiter ging's durch den Kanal nach Southampton hinüber. „Merry old England“ kann ruhig sein. Mit der Flugmacht — nach den ausgedehnten Fluganlagen der Insel Wight zu rechnen — werden die Kriegsschreier in Deutschland nicht so leicht anbandeln. Southampton, praktische Hafenstadt: hier legen die Schiffe an und durch die Schuppen — Zollabfertigung — kann man den Export sehen, der die Reisenden — ins Innere des Landes bringt. In Southampton nur einige Stunden Aufenthalt und schon geht's fort mit großer Kurve aus dem Hafen — Steuerbord die Insel Wight — hinein in den Atlantischen Ozean.

Wie das Atmen einer Riesenbrust, so hebt und senkt sich das unendliche Meer. Das winzige Individuum „Mensch“ steht im Banne dieser Mächtigkeit der Natur — ist von ihr hingerissen und wird gläubig.

Wild und schmutzig wirft sich der Tajo in den Ozean. Eissabon — Residenz. Das riesige Schloß eine Stadt für sich — aber alles so verwahrlost. Man fühlt die Freude am Bauen, am Schaffen von Denkmälern, von Baukunst, die Jahrhunderte überdauern. Doch sind sie fertig, diese Bauwerke, dann verliert sich das Interesse an ihnen, und man läßt sie kaltblütig verfallen. Es liegt so in der Eigenart des Südländers, des künstlerisch schöpferischen Romanen.

Kurz wird auf der Weiterfahrt Tanger in Marokko berührt. — Hafen der französischen Fremdenlegion, in der auch so mancher deutsche Junge seine gesunden Knochen zu Markte trägt. Eine für afrikanische Verhältnisse große und schöne Stadt bezüglich des Allgemeinbildes. (Man sollte nicht glauben, daß die Hölle derartig hübsche Tore hat).

Und nun geht die Fahrt im unentwegten Kurs auf Loanda zu, im Staate Angola, einer portugiesischen Kolonie. 14 Tage nur Wasser und Himmel — und Himmel und Wasser. Selten einmal, daß sich eine Möwe zu uns verirrt. Die einzige Abwechslung bieten die Herden von Schweinsfischen, Delfinen, Tümmler usw. Hin und wieder zeigt sich in gewisser Entfernung vom Schiff auch einmal ein Walfisch.

Sehr bald macht sich die Hitze bemerkbar. Senkrecht steht die Sonne am Mittag über dem Kopfe. Die Schiffswände werden ausgeglüht — innen schiffs herrscht eine grauenhafte Temperatur, die das Atmen zur Qual macht und den Aufenthalt zur Unmöglichkeit. Dankbar ist man, wenn eine ganz winzige Brise etwas Bewegung in diese Backofentemperatur bringt. Auf alle mögliche Art und Weise versucht man sich zu erfrischen. Eimerweise trinkt man Eiswasser. Aber diese übermäßige Aufnahme von Flüssigkeit hat naturgemäß eine gesteigerte Transpiration zur Folge und diese wieder eine größere Erschlaffung und Verminderung der Wider-

standsfähigkeit gegen größere körperliche Leistungen. So ist es dann notwendig, die Flüssigkeitsaufnahme auf ein Minimum zu beschränken. Jede freie Minute nimmt man wahr, um ein Bad zu nehmen. Der Mannschaft steht natürlich nur Seewasser zur Verfügung. Jedoch ist dies in diesem Falle unwesentlich, da das Süßwasser relativ noch eine höhere Temperatur hat als das Seewasser. Das eine wie das andere ist also für die Erfrischung nur sehr unvollkommen geeignet.

Zumeist wird in den Tropen an Deck geschlafen. Mannschaften, Passagiere, alles durcheinander. So romantisch vielleicht auch dieses bunte Nachtlager von „Granada“ sein mag, so bringt es doch so viele Unannehmlichkeiten mit sich, da es fast immer noch angenehmer ist, nachts nackt in den Kojen unter Deck zu schlafen. Natürlich liegt man morgens auf schweißdurchnetzter Matratze, auf dem Körper steht der Schweiß und unablässig tropft es von den Fingern, wenn man die Hand seitwärts aus der Koje hängen läßt.

Bei dieser Tag und Nacht andauernden Transpiration, die für uns Europäer immerhin übermäßig ist und unseren Organismus außergewöhnlich strapaziert, bleibt es natürlich nicht aus, daß die schwerarbeitende Mannschaft in hohem Grade mitgenommen wird. Vor den Kesseln wird alle Augenblicke einer ohnmächtig. Auch beim Küchenpersonal usw. kommt es nicht selten vor, daß der eine oder andere einmal umkippt. Einen Kognak, einen Eimer Wasser über den Kopf — eine Stunde Schonung — und schon geht es wieder weiter. Zugegeben werden muß allerdings, daß die Leute selbst sich auch wenig schonen. Da kommen sie manchmal von oben aus einer Temperatur von 45 Grad Celsius, sind naß geschwitz, rennen möglichst noch die Treppe herunter und dann gleich ohne Raft oder Schutzkleidung hinein in die Kühlräume. (Die Kühlräume haben eine Temperatur von 6 Grad Celsius minus — das wäre also eine Temperaturspanne von etwa 50 Grad Celsius.) Daß das ein Organismus nicht aushalten kann, ist selbstverständlich. Gewöhnlich gibt es dann auch Ohnmachtsanfälle; der eine oder andere holt sich auch einmal einen Lungenknacks fürs ganze Leben.

Es ist zu verstehen, daß alle diese Umstände: grenzenlose Meeres einsamkeit, Eintönigkeit, Hitze, ununterbrochene Arbeit unter den schwierigsten Verhältnissen, dann schließlich auch noch Aerger und Differenzen mit Vorgesetzten oder Kollegen einen Menschen derart überreizen, daß er einen unbekämpfbaren Abscheu vor dem Leben bekommt. Kommt dann noch hinzu, daß er vielleicht an und für sich krankhaft empfindlich, d. h. nervös oder seelisch krank ist, so ist nur noch nötig, daß er sich in irgendeiner Art gekränkt fühlt (Recht bekommt er auf dem Schiffe als Untergebener kaum) und der Mann ist so weit, daß er über Bord „jump t“ — wie man sich etwas vulgär in der Seemannsprache ausdrückt.

Es war am vierten Tage unseres 14tägigen Turnus, als am Frühnachmittage die Nachricht sich an Bord verbreitete: der 1. Konditor (kurzweg „Süß“ genannt) ist „außenbords gegangen“. Die offizielle Stelle sah sich veranlaßt, das ganze Schiff vom Kohlenbunker bis zum Schornsteindeck durchsuchen zu lassen, ebenfalls vom Vordersteven bis zum Heck. „Süß“ blieb verschunden. Da mittlerweile eine Stunde verflossen war vom mutmaßlichen Zeitpunkt des Selbstmordes bis zum negativen Ergebnis des Suchens, so war man gezwungen, „beizudrehen“, um sich suchend wieder der Stelle zu nähern, wo sich vermutlich der Selbstmord zugetragen hatte. Na ja, der Kapitän tat eben seine Pflicht. Es war mehr eine Proformasache, denn daß der Mann noch lebte, war ziemlich ausgeschlossen — und einen toten Mann aus dem Wasser zu ziehen, um ihn ein paar Stunden später wieder hinein zu versenken, ist meinem Empfinden nach etwas grotesk. Von wegen Ehre, ehrliches Begräbnis usw., wie es die Bestimmung vorschreibt, hätte man sich sparen können, wenn man dem Toten zu Lebzeiten etwas Daseinsberechtigung hätte zukommen lassen. Statt dessen aber wurde er vom „Chef“ in der laufigsten Art fortwährend angepöbelt — wobei zu bemerken ist, daß „Süß“ ein tüchtiger Arbeiter war und seine Sache verstand. Er arbeitete sogar mehr als er verpflichtet war, und das ist bekanntlich eine nicht sehr dankbare Angelegenheit.

Wie „nahe“ übrigens den Passagieren diese Selbstmordangelegenheit ging, erhellt die Äußerung einer jungen Dame über den Fall: „Wie schade, daß wir jetzt auf das schöne Gebäck verzichten müssen.“ Na ja, das zarte Geschlecht mit dem Gemüte eines robusten Pferdeschlägters.

STIMMEN AUS KOLLEGENKREISEN

Gewerkschaft und Partei, Genossenschaft und Presse sind deine Waffen

In einer Zeit, wo die wirtschaftlichen Gegensätze immer krasser in Erscheinung treten, der Kampf zwischen Kapital und Arbeit immer schärfere Formen zeigt, mühte man wohl annehmen, daß die Arbeiterschaft alles daransetzt, um der Geschlossenheit der Arbeitgeberverbände die Geschlossenheit der Arbeitnehmerschaft entgegenzustellen. Leider vermischen wir im Arbeitnehmerlager diese Erkenntnis. Gewissenlose Drahtzieher sorgen dafür, daß die Arbeiterschaft in ihrer Abwehraktion geschwächt, Verflechtungen ihrer Lebenshaltung hinnehmen muß. Alles Murren und Geschimpfe ist sinn- und zwecklos und hindert nicht das brutale Vorgehen des Unternehmertums. Statt die Arbeiterschaft mit Moskauern Parolen oder mit Naziphrasen zu verwirren, sollten alle von der sozialen Ungerechtigkeit Betroffenen endlich einsehen, daß die Stärkung der freien Gewerkschaften heute dringender als je das Gebot der Stunde sein muß. Vertrauen zu unserer geschulten Gewerkschaftsleitung, Geschlossenheit und Disziplin sind die Vorbedingungen eines erfolgreichen Kampfes. Heute gilt es mehr als sonst unsere Kräfte zu konzentrieren in dem schweren Kampf, der ausgefochten werden muß. An der lebendigen Mauer des Sozialismus müssen alle Angriffe der Reaktion und ihrer Helfershelfer elend zerschellen.

Eine Stütze im Kampf um die ökonomische Befreiung der Arbeiterklasse sind die langsam und stetig wachsenden Konsumgenossenschaftsbetriebe. Früher hat man von seiten des Einzelhandels diese Einrichtungen verspottet und unbeachtet gelassen. Heute aber, wo sie Einfluß im Wirtschaftsleben erlangt haben, schreibt man Zeter und Mordio. Ein Beweis, wie starke Ansätze der Planwirtschaft schon vorhanden sind und wie praktisch unsere Ideen realisiert werden. Die Genossenschaftsbewegung stellt einen besseren Verteilungsapparat der Konsumgüter dar, und was nicht übersehen werden darf, sie wirken preisregulierend und verbilligend in der kapitalistischen Wirtschaftsarchitektur. Mag einstweilen das nationalsozialistisch eingestellte Krämeramt uns mit Schmutz bekämpfen, eine verbraucherfeindliche Reichstagsmehrheit den Konsumverein und die Einrichtungen der Arbeiterschaft auf legalem Wege zu erdroffeln suchen, der Genossenschaftsgedanke wird marschieren trotz alledem. Für uns Lohn- und Gehaltsempfänger aber tritt die Frage in den Vordergrund: Willst du noch länger dein Geld zum politischen Gegner tragen und den Raubzug der Wirtschaftsreaktion finanziell unterstützen. Oder willst du deine Eigenbetriebe unterstützen, wo du deinen Bedarf in jeder Weise eindenken kannst und obendrein am erzielten Gewinne beteiligt bist? Die Antwort dürfte einem kritisch denkenden Menschen nicht schwer fallen in einer Zeit, wo Lohnabbau und Gehaltskürzungen jeden zwingen, haushälterisch mit dem Einkommen zu wirtschaften. Will die Arbeiterschaft ihre mühsam unter schweren Opfern errungenen Positionen erhalten und ausbauen, so muß sie neben ihren Organisationen in dem Kampf der Meinungen sich der Arbeiterpresse bedienen. Leider gibt es noch recht viele Arbeiter, die den Wert unserer Presse als Kampforgan verkennen. Hier ist noch eine ungeheure Aufklärungsarbeit erforderlich. Unterstütze ich als organisierter Arbeiter die gegnerische Presse, so liefere ich meinen sozialen Gegenspielern Waffen und Munition gegen meine um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen kämpfende Klasse. Das ist gleichbedeutend mit politischem und wirtschaftlichem Selbstmord. Unsere Aufgabe muß es daher sein, viel stärker für die Verbreitung unserer Presse Sorge zu tragen, denn der Sozialismus ist nicht Gefühlsache, sondern Verstandssache. Bismarck und andere bedeutende Staatsmänner wußten den Wert einer Presse sehr zu schätzen im Kampf der öffentlichen Meinung. Von Napoleon stammt der Ausspruch, daß die Presse die siebente Großmacht sei. Der Engländer Karl Ley führte einmal aus, daß viel größer als die Macht des arbeitenden Volkes die Macht des redenden und schreibenden Volkes sei. Also wir müssen noch viel mehr reden und schreiben, um die Köpfe der Proletarier für den Sozialismus zu gewinnen. Nur ein geschultes und gebildetes Proletariat ist in der Lage, die Anarchie der heutigen Gesellschaftsordnung aufzuheben und an dessen Stelle die Planwirtschaft zu setzen. Darum müssen wir trotz Rückschläge, Elend und Not nicht erlahmen, nicht den Glauben verlieren, sondern Treue der Organisation halten und aufklärend und werbend für Partei, Gewerkschaft, Konsumgenossenschaft und Arbeiterpresse wirken.

W. H a ß, Wefermünde.

Zum Arbeitslosenproblem

Eine Nation kann von sich aus nicht das gesamte Weltwirtschaftsproblem lösen, aber was eine Nation tun kann in den eigenen Grenzen, das ist bei uns in Deutschland noch viel mehr, als bisher in bezug auf Arbeitsbeschaffung und Einsparungen der öffentlichen Hand geschehen oder vorgeschlagen ist.

Ein bedeutungsvolles Mittel zur Behebung der Arbeitslosigkeit wäre zweifellos die Pensionierung aller über sechzig Jahre alten Arbeiter, wenn nicht durch staatlichen Zwang, dann aber auf eigenen Antrag. Jeder Alleinstehende der betroffenen Kreise müsse aus Mitteln der Arbeitslosenversicherung einen dauernden festen Betrag von monatlich 60 Mk., Verheiratete 30 Mk. Zuschlag erhalten. In beiden Fällen wäre noch das Anrecht aus der Invaliden- und Altersversicherung zu gewähren. Damit wäre nicht nur der Arbeitsmarkt teilweise entlastet, sondern auch ein großes soziales Werk vollbracht.

Als drittes ist zu erwähnen der Doppelverdienst. Soweit hier günstige Erfolge erzielt werden können, ist es zu begrüßen, hauptsächlich durch Abbau derjenigen weiblichen Stellen, in welchen Fällen der Ehemann als Beamter oder Festbesoldeter ein Einkommen monatlich von mindestens 300 Mk. bezieht.

Von größerer Tragweite ist die Einführung der 40-Stunden-Arbeitswoche. So sehr diese Neuerung zu befürworten ist, hat sie ihre Schattenseiten, welchen Rechnung getragen werden muß. Der Großteil der Arbeitnehmer wird bei gleichbleibenden Lohnverhältnissen unter das Maß der Existenzbedingungen heruntergedrückt, ein wesentlicher Teil wird es noch knapp fertigbringen, um der Hand in den Mund zu leben. Die Einengung der Lebensbedingungen unter das notwendigste Maß durch ungenügende Lohnverhältnisse wird dem Interesse des Staatsganzen ebensowenig dienlich sein wie Arbeitslosigkeit. Wenn schon Reformen vorgenommen werden, so gliedert sich die Aufgabe in drei Teile: Arbeitsbeschaffung, Lohnregelung und Reform des Versicherungswesens.

Für Arbeitsbeschaffung kommt außer den Mitteln aus Ersparnissen durch Reichsreform noch der Anleiheweg und die Hereinnahme der ins Ausland geflüchteten Kapitalien in Frage. Arbeit ist genügend vorhanden in nutzbringenden Bau- und Kulturanlagen. Durch ehrlichen Willen und tatkräftige Förderung wird es möglich sein, die Arbeitslosigkeit zu überwinden. Es dürfen nicht diejenigen recht behalten, die da sagen: Zum Kriege, wenn es ginge, da wären schon wieder die nötigen Milliarden vorhanden, aber zum Wiederaufbau, da fehlt sowohl der Wille, wie das Geld!

Die zweite Bedingung ist eine gerechte Lohnregelung. Es geht nicht an, daß ein Kreis von Auserwählten Jahreseinkommen von 30 000 bis 100 000 Mk. und darüber bezieht, sowohl in staatlichen wie in privaten Betrieben, währenddem in Deutschland jährlich Zehntausende aus Not und Verzweiflung freiwillig in den Tod gehen, und Hunderttausende aus den gleichen Ursachen die Gefängnisse, Krankenhäuser und Irrenhäuser füllen und Millionen ein verkümmertes Bettlerdasein führen.

Anschließend an Arbeitsbeschaffung und Lohnregelung ist das Unterstützungswesen so zu gestalten, daß die erniedrigende Wohlfahrtsunterstützung ganz in Wegfall kommt.

Außerdem ist anzustreben, daß der Staat durch gründliche Zusammenfassung des gesamten persönlichen Versicherungswesens, wie Arbeitslosen-, Kranken- und Invaliden- bzw. Altersversicherung unter Einbeziehung der Lebensversicherung, das ganze Hilfswesen als sein alleiniges Gebiet bestimmt und viel vorteilhafter gestaltet. All die Summen, welche in allen möglichen und unmöglichen Unternehmungen, wie Groß- und Kleinlebensversicherungen, Zeitschriftenversicherungen, in Gewerkschafts- und sonstigen Verbandseinrichtungen verzettelt werden, könnten, im Staate zusammenfließend, viel günstiger verwaltet und verwertet werden.

Sei es durch Beitragspflicht oder durch freie Einzahlungen, der Geldumlauf auf dem Gebiete des persönlichen Versicherungswesens muß in planmäßiger Praxis auf Höchstleistung eingestellt werden, in der Wechselwirkung vom Volk zum Staat und vom Staat zum Volk.

S. Stangl, Regensburg.

FORTBILDUNG UNSERER FUNKTIONÄRE

Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir informativ-belehrende Aufsätze und Artikelserien für fortgeschrittene Funktionäre, die in Fernstudien oder durch gewerkschaftliche Bildungseinrichtungen bereits planmäßige Vorbildung erworben haben. D. Red.

Konzentrationsformen der Privatwirtschaft

Als Karl Marx mit genialem Weitblick die Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaft aufzeigte und dabei die sogenannte Konzentrierungstheorie aufstellte, waren nur heimhaft die Anfänge sichtbar, die als eine auf Erfahrungstatsachen beruhende Untermauerung dieser Theorie angesehen werden konnten. Inzwischen ging die Entwicklung unaufhaltsam weiter; was vor wenigen Jahrzehnten noch Theorie war, ist heute Wirklichkeit geworden; was Karl Marx damals nur in großen Umrissen zu beschreiben vermochte, hat heute greifbare Gestalt und Form angenommen. Die Konzentration im Lager des Kapitals — denn nur diese soll in diesem Aufsatz behandelt werden — vollzieht sich in dem von Marx aufgezeigten Sinne, wenn auch nicht so geradlinig wie der Schöpfer der Konzentrationstheorie dies annahm; die mächtvollen Organisationen der Privatwirtschaft greifen immer tiefer in das Wirtschaftsleben unserer Zeit ein und beeinflussen dessen Richtung und Aufbau in der von Marx vorausgesetzten Weise. Diese Entwicklung drückt unserer Zeit geradezu ihr Gepräge auf; niemand ist da, der sich dieser Tatsache erstlich verschließen könnte. Kein Wunder also, daß sich gerade die Arbeitnehmer mit dieser Erscheinung besonders eingehend befassen und der wirtschaftliche Teil ihrer Tageszeitungen, die Fachzeitschriften und Gewerkschaftsorgane in den letzten Jahren immer häufiger Nachrichten über „Konzentrationsstendenzen“ in der Wirtschaft bringen. Interessengemeinschaft und Kartell, Syndikat, Trust und Konzern sind Worte, die fast täglich dem Arbeitnehmer bei der Lektüre und in Versammlungen entgegentreten. Wir lassen hier eine gebrängte Uebersicht ihrer wirtschaftlichen Bedeutung folgen.

1. Konzentrationsstendenzen:

Don Konzentrationsstendenzen im engeren Sinne sprechen wir, wenn in der Wirtschaft das Bestreben nach Zusammenschluß von Betrieben und Unternehmungen, mit dem Zwecke der Machtsteigerung und Einflußerweiterung vorhanden ist. Kleine und mittlere Betriebe werden aufgekauft von großen Unternehmungen; große Betriebe selbst schließen sich zusammen, um so einen stärkeren (lies: wettbewerbsfähigeren) Machtfaktor im Wirtschaftsleben darzustellen. Die Konzentration vollzieht sich in verschiedenen Formen und Abarten: Die Vereinigung von Unternehmungen kann erfolgen unter Wahrung der Selbständigkeit des einzelnen Betriebes (organisatorischer Zusammenschluß), sie kann aber auch durch Verschmelzung (Fusion) oder durch effektenkapitalistische Zusammenschluß (Kontrolle durch Erwerbung der Aktienmehrheit) vor sich gehen.

2. Die Interessengemeinschaft:

Die einfachste Form des Zusammenschlusses ist die Interessengemeinschaft; zu ihrem Zustandekommen genügt, daß sich zwei oder mehrere Unternehmungen durch Vertrag gegenseitig verpflichten, zur Erreichung bestimmter Ziele oder zur Vollbringung besonderer Aufgaben gemeinsam zu handeln. Bei der Interessengemeinschaft bleiben die Vertragsschließenden rechtlich völlig selbständig; sie braucht nicht auf lange Dauer geschlossen zu werden, man kann sie auch für eine kurze Spanne Zeit oder für einen bestimmten Fall eingehen. Auch kann sich der Vertrag darauf beschränken, die gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen und die daraus abzuleitenden allgemeinen Maßnahmen zu betonen.

3. Das Kartell.

Treffen Unternehmungen des gleichen Wirtschaftszweiges, unter Einschränkung der kaufmännischen Selbständigkeit und Freiheit der Beteiligten gemeinsame Verabredungen wirtschaftlicher Art, ohne jedoch die rechtliche Unabhängigkeit der Vertragsschließenden zu untergraben, so entsteht das kennzeichnende Bild des Kartells. Das Kartell hat im allgemeinen die Aufgabe, preisregelnd den Markt zu beeinflussen und zu beherrschen; zu diesem Zwecke kann es in der Form des Gebiets- und Produktionskartells (Kontingierungskartells) in das Ausmaß der Erzeugung eingreifen und den Mitgliedern bestimmte Abnehmergruppen oder Gebietsteile zuweisen. Es vermag als Konditionskartell zur Einhaltung bestimmter Bedingungen für den An- und Verkauf von Waren anhalten oder als Preiskartell die Mitglieder zur Innehaltung der festgesetzten Preise binden. Da das Kartell aus Mitgliedern besteht, die ihre rechtliche und bedingt auch ihre

kaufmännische Selbständigkeit bewahren, so ist die Gefahr des Zerfalls gegeben; denn die durch die Kartellierung erzielten Preise bieten leicht den Anreiz, über das Maß der vorgeschriebenen Produktion zu erzeugen, oder außerhalb der abgesteckten Absatzgebiete zu verkaufen. Das individuelle Gewinnstreben des einzelnen Kapitalisten kommt zum Durchbruch (besonders in Zeiten günstiger Wirtschaftslage); es ist eine Quelle dauernder Kartellgefährdung. Abhilfe kann geschaffen werden durch weitgehende Kontrollmaßnahmen und insbesondere durch die Trennung des Erzeugers von seinem Abnehmer.

4. Das Syndikat:

Beschränken sich, in Verfolg dieser Bestrebungen, die Verträge nicht auf den Aufgabenkreis des Kartells, sondern werden neben den Bestimmungen über Produktion, Kondition und Preise gemeinsame Einrichtungen zum zentralen Verkauf der Waren geschaffen (Verkaufsbüros, Kontrollbüros usw.), die das Mitglied in die größte Abhängigkeit von der Vereinigung und ihrer Einrichtungen bringen, so entsteht das Bild des Syndikats. Das Syndikat hebt die kaufmännische Selbständigkeit der Einzelunternehmung fast völlig auf, es ist nichts anderes als ein dauerhaftes Kartell, das zu einer wirtschaftlichen Einheit wurde (z. B. Zement Syndikat, Tonbindersyndikat usw.). Eine Loslösung vom Syndikat ist nur unter größten Schwierigkeiten möglich, denn der auffällige Unternehmer müßte zunächst einen neuen Abnehmerkreis suchen, da er durch die Verkaufsstelle seiner Organisation von seinen Kunden getrennt wurde.

5. Der Trust.

Bei den bisher geschilderten Formen: Interessengemeinschaft, Kartell und Syndikat, bleibt die Einzelfirma als solche erhalten, nur die kaufmännische und wirtschaftliche Unabhängigkeit wird in mehr oder weniger starkem Maße beeinträchtigt. Gebeht nun ein Zusammenschluß (meist über die effektenkapitalistische Kontrolle) so weit, daß er zur Verschmelzung von Unternehmungen führt, und zwar aller oder doch der produktiv bedeutendsten Betriebe des gleichen Wirtschaftszweiges innerhalb eines bestimmten Wirtschaftsgebietes, so nennen wir das neue Gebilde Trust. Der Trust hebt die rechtliche und wirtschaftliche Selbständigkeit der Unternehmungen völlig auf; er bringt die gesamten Betriebe und die Leitung eines einheitlichen Willens; er stellt eine gewaltige Machtfülle des Kapitalismus dar. Auch der Trust erstrebt, gleich Kartell und Syndikat, die Errichtung einer Marktvor- oder -allein herrschaft, die er in besonders wirksamer Weise herzustellen vermag. Der Trust ist als geschlossenes, einheitliches Wirtschaftsgebilde handlungsfähiger als Kartell und Syndikat, die doch in der ein oder anderen Art von der Willensrichtung ihrer Mitglieder abhängig sind. Während die Kartelle fast ausschließlich das Ziel der Marktherrschaft anstreben und dabei die Verbesserungen der Produktionsanlagen meist vernachlässigen, ist der Trust auch darauf bedacht, technische und betriebsorganisatorische Verbesserungen vorzunehmen und die Produktion zweckmäßig zu gestalten. Das klassische Land der Truste sind die Vereinigten Staaten von Nordamerika; in Deutschland kannte man bisher den Trust in Reinkultur nicht, wohl aber trustartige Gebilde, hilfsding vergleicht in seinem „Finanzkapital“ die wirtschaftlichen Konzentrationsgebilde Interessengemeinschaft, Kartell (Syndikat) und Trust mit den politischen Organisationsformen Staatenbund, Bundesstaat und Einheitsstaat.

6. Kombination und Konzern.

Die bisher behandelten Konzentrationsformen umfassen in der Regel Betriebe der gleichen Produktionsstufe. Treffen verschiedene Zweige zusammen, so z. B. Kohlengruben und Hochöfen, Hochöfen mit einer verarbeitenden Industrie (Walzwerke usw.), oder ein Großhandelsunternehmen mit einem Warenhaus, so spricht man von einer Kombination (Verschachtelung). Tritt zu dem in einer Kombination vertretenen Kapital ein anderes Kapital hinzu (z. B. das Bankkapital), dergestalt, daß sich etwa eine Kombination Banken erwirbt oder eine Bank Einfluß auf eine Kombination erhält, so entsteht der Konzern. Der Konzern stellt die Vereinigung von verschiedenen Kapitalsarten dar (Industrie- und Handelskapital, Industrie-, Handels- und Bankkapital usw.); er steht unter der Herrschaft eines finanziell führenden Unternehmens, das sich meist durch Erwerb von Aktienmehrheiten (effektenkapitalistische Kontrolle) und den daraus abgeleiteten Machtbestrebungen seinen Einfluß gesichert hat (Stinnes-Konzern, AEG-Konzern u. a. m.).

7. Richtung der Zusammenschlüsse.

Die Zusammenschlüsse vollziehen sich nach verschiedenen wirtschaftlichen Gesichtspunkten und in mannigfachen Abarten, wobei die vielseitigsten Strömungen maßgebend sein können. Geht der Zusammenschluß vor sich durch die Vereinigung von Betrieben der gleichen Produktionsstufe, so sprechen wir von einer waagerechten (horizontalen) Konzentration. Schließen sich Betriebe verschiedener, meist aufeinanderfolgender Produktionszweige zusammen, so nennen wir das eine senkrechte (vertikale) Konzentration. Die senkrechte Konzentration kann aufsteigender und absteigender Richtung sein. Absteigend ist sie, wenn sich Rohstoffunternehmen verarbeitende Industrien erwerben; aufsteigend, wenn sich verarbeitende Industrien Rohstoffbetriebe zulegen.

Die Kennzeichnung der Konzentrationsgebilde deckt sich nicht ganz mit der Wirklichkeit; diese erscheint viel mannigfaltiger und fließender. Es sind Zwischenstufen der einzelnen Konzentrationsformen zu verzeichnen, deren Einordnung in ein bestimmtes Schema Schwierigkeiten bereiten würde. Bisweilen wenden derartige Gebilde Bezeichnungen an, die sich nicht mit dem geschälberten Begriff in Einklang bringen lassen. So ist, um nur ein Beispiel anzuführen, die Interessengemeinschaft Farbenindustrie (J. G. Farbenindustrie) keine Interessengemeinschaft in dem beschriebenen Sinne, sondern in ihrem Aufbau und in ihrer Organisation ein trustartiges Gebilde; sie kann daher mit ihren 1100 Millionen Mark Aktienkapital als der größte europäische Trust und als größter Chemietrust der Erde bezeichnet werden.

Politische und wirtschaftliche Wochenschau

Die Danabank stellte am 13. Juli ihre Zahlungen ein. Das Reich übernimmt laut Notverordnung die Garantie, den Kunden der Danabank ihren Besitz zu retten.

Bankfeiertage wurden durch Notverordnung für den 14. und 15. Juli eingelegt. Zahlungen an das Ausland über Banken und Post sind untersagt. — Ungarn legte drei Bankfeiertage ein.

Abbau der Bankfeiertage. Verordnung vom 15. Juli läßt für Banken, für die Zeit vom 16. bis 18. Juli nur Baranzahlungen für a) Löhne, Gehälter, Ruhegehälter, Versorgungsgebühren und ähnliche Bezüge, b) Arbeitslosen- und Krisenunterstützungen und Leistungen der öffentlichen und freien Wohlfahrtspflege (Fürsorge), c) Leistungen an Versicherte der Sozialversicherung und wiederkehrende Leistungen an Versicherte aus anderen öffentlichen oder privaten Versicherungsverhältnissen, d) Steuern und sonstigen öffentlichen Ausgaben zu.

Aufruf „An das deutsche Volk!“ wurde am 14. Juli von Vorstand, Ausschuß und Kontrollkommission der Sozialdemokratischen Partei erlassen. (Siehe „Aus Politik und Volkswirtschaft“.)

Gegen die Seydewitz-Gruppe wendet sich ein Beschluß des Parteiausschusses vom 14. Juli. Er erwidert in der Marxistischen Büchergemeinde, in der besonderen Referentenvermittlung und der Unterschriften-Sammlung zur Zustimmungserklärung zu dem „Wahnruf an die Partei“ die Ansätze zu einer Sonderorganisation. Der Parteiausschluß verlangt deshalb die Einstellung der Sammlung von Unterschriften sowie aller Sonderaktionen und Bestrebungen zur Errichtung selbständiger Organisationsgebilde in und neben der Partei.

Friedrich Bayer, der kaiserliche Vizelandesrat in den Jahren 1917 und 1918 und Führer der deutschen Demokraten, ist am 14. Juli, 83jährig, in Stuttgart gestorben.

Die Gold- und Devisendeckung der Reichsbank für Reichsbanknoten sank am 15. Juli unter die gesetzliche Grenze von 40 Proz. auf 35,8 Proz. Die Reichsbank erhöhte den Diskontsatz auf 10 Proz. und den Lombardzinsfuß auf 15 Proz. Eine neue Devisenordnung wurde am 15. Juli erlassen.

Der Bundesauschluß des ADGB nahm am 16. Juli zur politischen und wirtschaftlichen Lage Stellung.

Der Aeltestenrat des Reichstags lehnte am 17. Juli die Einberufung des Reichstags ab.

Gebühr für Auslandsreisen. Durch Verordnung vom 18. Juli wird ab 22. Juli für jede Reise ins Ausland eine Gebühr von 100 Mk. erhoben.

Bis 20 Mk. vom Spartanto und bis zu 100 Mk. vom Bankkonto büßen laut Verordnung vom 18. Juli in der Zeit vom 20. bis 23. Juli ausgegahlt werden.

Eine Verordnung vom 18. Juli gegen die Kapitalflucht sieht Strafen bis zu 10 Jahren Zuchthaus vor.

Eine Verordnung für die Presse vom 17. Juli verlangt Ausnahme amtlicher Erklärungen. Erwiderungen dagegen büßen erst in der nächsten Nummer erfolgen. Druckschriften, die gegen die öffentliche Ordnung verstoßen, können beschlagnahmt und eingezogen werden.

Reichslandtagspräsident und Reichsaußenminister Curtius sind am 17. Juli abends nach Paris zu einer Verständigung mit der französischen Regierung abgereist. Eine in diesem Sinne gehaltene Kundgebung wurde vor der Abreise erlassen.

Unsere Jugend

Aktivität der Jugend

Die ungeheure Notlage dieser Zeit lastet wie ein schwerer Druck auf der Arbeiterklasse. Politisch und wirtschaftlich ist die kapitalistische Entwicklung völlig zerfahren. Es scheint, als müsse sich Ausweglosigkeit überall ergeben, als könne niemand den Weg zum Wiederaufstieg weisen. Und überall dort, wo von gewerkschaftlicher und sozialdemokratischer Seite Hinweise auf notwendige Wirtschaftsmaßnahmen gegeben werden, türmen sich die Hindernisse der reaktionären Schichten, deren selbst die bürgerliche Regierung nicht Herr werden kann, denn sie begibt sich immer erneut in Abhängigkeit vom Unternehmertum. Mitschuld an diesen ganzen Verhältnissen trägt die überaus üble Zuspitzung der politischen Situation in Deutschland, die den ungeheuerlichen Zuwachs der nationalsozialistischen Bewegung brachte. Wenn sich jetzt ein Abflauen dieser Bewegung bemerkbar macht, so darf man sich durch solche politischen Wellenschläge nicht täuschen lassen. In Wirklichkeit ist die faschistische Gefahr längst noch nicht behoben. Faschistische Einwirkungen machen sich überall im wirtschaftlichen und politischen Leben der Jetztzeit bemerkbar, mögen sie noch so verdeckt sein, oder mag man sie auch nur in fruchtloser Phrasenpolitik wieder erkennen, die letzten Endes die Massen der ebenso unfruchtbaren Tätigkeit der kommunistischen Bewegung zuführen.

Alle diese Erscheinungen werden in außerordentlich starkem Maße von jüngeren Altersschichten getragen. Das gibt zu denken. Es erhellet einmal, daß alle Bestrebungen auf Entpolitisierung der Jugend müßig sind. Die Jugend nimmt eben von sich aus zu politischen Dingen Stellung. Und da sie schließlich einen durchaus selbständigen Faktor im gesellschaftlichen Leben darstellt, wäre das gar nicht verwunderlich. Viel wichtiger ist daher die Frage, welche Elemente spielen heute in der Aktivierung der Jugend die überragende Rolle.

Dorerst zwingt schon die soziale Lage der einzelnen selbst wie der Familie mit der Beschäftigung wirtschaftlicher und politischer Fragen. Da die verstandesmäßige Erfassung der Dinge in den jüngeren Generationen naturgemäß meist noch nicht ausgereift sein kann, spielt das Gefühlsmäßige dann in erster Linie hinein. Und diesem kommt die Phrasenpolitik der extremen Parteien entgegen. Dazu tritt das abenteuerlustige Element, das in militärischen Spielereien, im „Massenschritt der Bataillone“ einen Widerhall findet. Die klare Erkenntnis der gesellschaftlichen Situation wird von Kadavergehorsam und blöder Angerebtheit unterdrückt, ganz abgesehen von Messerkämpfen und Straßentumulten, die zur völligen Verrohung der politischen Auseinandersetzung geführt haben.

Was tut daher not. Es ist gewiß mit in erster Linie wichtig, in intensivster Bildungsarbeit, in Kursen, Vorträgen, Diskussionen und sachlicher Aufbauarbeit im gewerkschaftlichen Rahmen Klarheit über die Lebens- und Wirtschaftsgesetze der Gesellschaft zu gewinnen. Mit dem Verstand allein aber ist die Jugend nicht zu packen. Das lebendige Gefühl will lebendige Gestaltung des Jugendlebens. Im außerparlamentarischen Kampf der Arbeiterklasse sah man früher als besonders wichtig machtvolle Straßendemonstrationen an. Die Wirkung derselben ist heute stark vermindert durch die allfälligen Demonstrationen und Demonstrationen der radikalen Parteien. Wir sollten aber dennoch bei besonderen Anlässen die Wirkung eines ruhigen, sich in den Äußerungen nicht überschreitenden, deshalb aber um so wichtigeren Aufmarsches der proletarischen Massen wieder mehr in unser Arbeitsfeld eingliedern. Daß jugendliches Leben unter einem Wall von roten Fahnen viel lebendiger pulsiert, ist bekannt; die Arbeit der Kinderfreunde, der Arbeiterjugend und der Gewerkschaftsjugend zeugt davon. — Ebenso wichtig wird dann die Selbstbetätigung der Jugend im Gruppenleben. Neben anderem soll man dabei auch den Wert großer Massenfeste und Feiertage nicht verkennen. Hier findet das kämpferische Element in der Jugend starken Ausdruck, hier fügt Lebendigkeit und Farbenfreudigkeit die gemeinschaftliche Arbeit und den starken Zusammenhalt. Diese Dinge als wichtige Elemente in der Aktivierung der Jugend für gesunde Aufbaupolitik, erfüllt von starkem politischem Willen, neuzugestaltet, ist eine der dringendsten Aufgaben.

Adolf La u, Berlin.

Aus Politik und Volkswirtschaft

An das deutsche Volk!

Der Parteivorstand, der Parteiauschuß und die Kontrollkommission der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands haben in ihrer Sitzung vom 14. Juli 1931 folgende Kundgebung beschlossen:

„Die Krise hat sich verschärft. Zusammenbrüche großer Industrie- und Bankunternehmungen zeichnen ihren Weg. Mit ihnen bricht die Lüge von der „marginalistischen Wirtschaft“ zusammen, die erfunden wurde, um von den wahren Schuldigen abzulenkeln: dem kapitalistischen System und seinen Vertretern. — Die bankrotten Finanzmagnaten und Industriehäupter sind keine Marginalisten. Sie sind entschiedene Verfechter der kapitalistischen Privatwirtschaft und Geldgeber der antimarginalistischen Propaganda. — Die Sozialdemokratie fordert seit Jahren unermüdet die Stärkung des gemeinwirtschaftlichen Einflusses, die Unterstellung der kapitalistischen Riesenunternehmungen unter die wirksame Aufsicht des Staates. Ihre Forderung blieb unerfüllt. Jetzt verlangen die bankrotten Bekämpfer des Marxismus Rettung durch den Staat! Jetzt steht die Reichsregierung für zusammengebrochene Banken gut, jetzt übernimmt sie über sie die Aufsicht! — Das kapitalistische Unternehmertum ruft nach Hilfe des Auslandes. Aber ein wesentlicher Teil dieses Unternehmertums hat den verhängnisvollen Wahlsieg der nationalistischen Reaktion im September vorigen Jahres bezahlt und ihr kreditzerstörendes Treiben bis zum heutigen Tage mit allen Mitteln gefördert. — In der Stunde höchster Gefahr fordern wir entschlossene Umkehr. — Die Selbstherrlichkeit der Banken und der Schwerindustrie führt die Wirtschaft in den Abgrund. Ihr muß ein Ende bereitet werden. Staatliche Hilfe ist nur gerechtfertigt, wenn der staatliche Einfluß im Interesse der Allgemeinheit dauernd gesichert bleibt. — Eine gründliche Vereinigung der Wirtschaft muß herbeigeführt werden ohne Rücksicht auf kapitalistische Sonderinteressen. Arbeiter und Angestellte sind durch unbedingte Sicherung ihrer Ansprüche auf Lohn, Gehalt oder Unterstützung vor den verderblichen Folgen der Krise, deren unschuldige Opfer sie sind, zu schützen. Mit Nachdruck erneuern wir die Forderung nach Abänderung der Notverordnung vom 5. Juni und nach Beseitigung des verübten sozialen Unrechts. — Ausländische Hilfe in ausreichendem Maße tut not. Dazu bedarf es einer Außenpolitik der Verständigung, die weder mit herausfordernden Forderungen belastet ist, noch auf leere Prestigebedürfnisse Rücksicht nimmt. — Nicht kapitalistische Wirtschaftsanarchie, sondern geordnete Wirtschaftsführung zum Nutzen des Ganzen! — Nicht sinnlose Verzweiflungssakte, sondern planvolle Arbeit für das Volk und für den Sozialismus! — Nicht Uneinigkeit und Spaltung der Arbeiterklasse, sondern feste Einigkeit, stärkste Entschlossenheit im Kampf gegen alle feindlichen Gewalten! — Das ist die Forderung der Stunde!“

Aus den deutschen Gewerkschaften

Der Verbandstag der Fabrikarbeiter tagte am 5. Juli und die folgende Tage in München. Der Geschäftsbericht wurde vom Vorsitzenden Brey gegeben. Daß die Arbeit des Verbandsvorstandes anerkannt wurde, ergebe sich aus dem geringen Mitgliederverlust. Brey behandelte ferner die Notverordnung und bewies, daß die Haltung der Gewerkschaften und der SPD. richtig gewesen ist. Für den Keramischen Bund sprach Grünzel. Er schilderte die Lage in der grobkeramischen und der Glas- und Porzellanindustrie. Den Kassenbericht gab Rößler. Während die Jahre 1928 und 1929 eine Vermehrung des Verbandsvermögens um 8 Millionen brachten, war das Jahr 1930 ungünstig. Am Jahreschluß betrug das Verbandsvermögen 14,3 Millionen Mark. Seit der Stabilisierung sind über 39 Millionen Mark an Unterstützungen ausgezahlt worden. Im Bericht der Redakteure Prüß und Henninger wurden die erfolgten Änderungen in der Aufmachung der Zeitungen hervorgehoben. Wesentliche Beschwerden gegen die Redaktionsführung sind nicht bekannt geworden. Weitere Verbesserungen der Verbandsorgane wurden in Aussicht gestellt. — Eine Vertrauenskundgebung für den Vorstand wurde gegen zwei Stimmen angenommen. Ebenfalls eine Entschließung des Vorstandes zur wirtschaftlichen Lage. Genosse Wisse II hielt dann einen Vortrag über die „Die deutsche Wirtschaft im Rahmen der Weltwirtschaft“. Der Vortragende verstand es in glänzender Weise, die Umschichtungen im Produktionsprozeß und die Fehler des Kapitalismus herauszustellen. Ueber Tarif- und Lohnbewegungen sprach Großmann, Hannover. Das Thema „Arbeitsrecht und Reichsarbeitsgericht im Lichte der Rechtsprechung“ behandelte Schmidt, Hannover. Das Referat

über den Gewerkschaftskongreß hielt Thiemig. Ueber „Jugendbewegung“ sprach Albin Karl. Er konnte auf bedeutende Fortschritte auf diesem Gebiet hinweisen. Die Agitation unter den Arbeiterinnen behandelte Frau Zammert. Bei der Statutenberatung wurde anerkannt, daß Änderungen im Unterstützungswesen notwendig sind. Die von der Kommission vorgelegten Änderungen wurden mit geringen Änderungen angenommen. Zur Vorstandswahl erklärte Brey seine Absicht, sich nach 41jähriger Tätigkeit als Verbandsvorsitzender von seinem Posten zurückzuziehen. Diese Absicht äußerte auch Gribig vom früheren Glasarbeiterverband, der gleichfalls im pensionsfähigen Alter steht. Beide wiesen auf die Schwierigkeiten des Organisationsaufbaues hin und verlangten Nachseiferung. Den beiden Jubilaren wurde herzlichst gedankt. Mit Brey tritt einer der ersten Gewerkschaftsführer von der Bühne des Gewerkschaftskampfes ab. Der übrige Vorstand wurde wiedergewählt, darunter Thiemig und Karl als Verbandsvorsitzende.

Aus unserer Bewegung

Aus dem ganzen Reich liegen uns über 80 Entschließungen gegen die 3. Notverordnung vom 5. Juni 1931 vor. Inzwischen hat der Verbandsvorstand mit den Wirtschaftsleitern zu dieser Sache Stellung genommen. Wir haben den Bericht und die Entschliebung hierzu in Nr. 27 der „Gewerkschaft“ veröffentlicht. Dadurch erübrigen sich vorerst die weiteren Veröffentlichungen hierzu.

RUNDSCHAU

Raubüberfall auf eine Verbandskollegin während des Dienstes. Die verheerende Wirtschaftskrise weckt alle bösen Instinkte. In Halle ist eine langjährige Verbandskollegin, Frau Hornickel, auf einem Friedhof beschäftigt, wobei sie zugleich die täglichen Gänge der Verwaltung in die Stadt besorgt, auch regelmäßig Freitags in einer Mappe die Löhne bringt. Anscheinend ist verbrecherischen Elementen dieses bekanntgeworden. Als Kollegin Hornickel daher am 17. Juli d. J. aus der Straßenbahn stieg und die wenigen 100 Schritte zum Friedhof gehen wollte, stürzten sich zwei Kerle auf sie, schlugen sie nieder, entrißen ihr die Tasche mit den Lohngebern, sprangen in ein bereitstehendes Auto, dessen Motor noch lief, und fuhren im rasenden Tempo davon. Die Ueberfallene wurde von einem alsbald herbeigerufenen Krankenauto weggeschafft. Die Räuber sind noch nicht ermittelt, lediglich den offensichtlich gestohlenen Kraftwagen fand man etwa 30 Kilometer von Halle in einem Straßengraben in Richtung Eisleben. Die Kriminalpolizei beschäftigt sich mit dem Falle. Die Verwaltung wird für die Zukunft dafür sorgen, daß Lohngeber durch kräftige Männer abgeholt werden, leider jedoch erst, nachdem das Kind in den Brunnen gefallen ist. Es muß gefordert werden, daß überall die Verwaltung beim Transport von Lohngebern die nötigen Sicherheitsmaßnahmen treffen, wobei die Betriebsvertretungen in geeigneter Weise mitwirken müssen. Wie wir erfahren, ist der Zustand der Kollegin Hornickel nicht bedenklich, so daß wenigstens dauernde Schädigungen der Gesundheit in diesem Falle vermieden geblieben sind.

Feierlicher Protest

Zählings packt mich ein Grahusen
Und es überläuft mich kalt:
Nicht mal vor den Herr'n Lahusen
Macht der Staatsanwalt jetzt halt!

Aus dem Schlosse Hohenzorste
Hat er sie hinweggerafft,
Und bei Hunger und bei Dorste
Schmachten sie in Kerkerhaft.

Was hat dem Formalfuristen
Blödsinn das Genid gestift,
Daß er an zwei frommen Christen
Bester Herkunft sich vergreift?

Die Justiz gibt eine Blöde
Hier sich, die gen Himmel schreit:
Denn ein Diebstahl solcher Größe
Grenzt bereits an Ehrlichkeit.

Sicher darf der Staat nicht dulden
Einbruch, Portemonnaie Diebstahl.
Aber die Nordwolle-Schulden —
So entsteht doch Kapital!

Ja, ich frage Sie: Wo bliebe
Des Besitzes Majestät,
Wenn es auch dem großen Diebe
Blödsinn an den Kragen geht?

Sinnlos, sperrt zu kleinen Lumpen
Ihr die Bremer ins Verlies!
Schickt sie, Geld für uns zu pumpen,
Statt des Brüning nach Paris!

Wer die Danae ausgefogen
Und selbst Goldschmidt reingelegt,
Sicherlich und ungelogen
Siegreich der auch Frankreich schlägt!

Kreuzwendebich Rückwärts, Seierkasten und & C. II.